Mittag-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaux: In Posen außer in der Expedition bei Krupski (C. H. Ulrici & Co.) Breitestraße 14; in Gnesen bei Herrn Th. Spindler, Markt- u. Friedrichstr.-Ecke 4; in Grätz bei Herrn L. Streisand; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.

Posener Zeitung.

Siebenundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaux: In Berlin, Hamburg, Wien, München, St. Gallen: Rudolph Mosse; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien u. Basel: Haasenstein & Vogler; in Berlin: A. Retemeyer, Schloßplatz; in Breslau: Emil Kabath.

Nr. 260.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 15. April

(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 2 Sgr. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die am folgenden Tage Morgens 8 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1874.

Telegraphische Nachrichten.

München, 14. April. Der seitherige hiesige päpstliche Nuntius Meglia hat seine Abreise nach Paris zur Uebernahme der ihm dort übertragenen Stellung eines päpstlichen Nuntius auf den 28. d. M. festgesetzt. Ein Nachfolger für denselben auf dem hiesigen Posten ist noch nicht ernannt.

Bern, 14. April. Der Bundesrath hat eine Verordnung erlassen, wonach Telegraphenlinien im Innern der Schweiz dem Publikum zur Privatbenutzung miethweise überlassen werden können.

London, 14. April. Das atlantische Kabel von 1866 ist unterbrochen.

Deutscher Reichstag.

31. Sitzung.

Berlin, 14. April, 11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Camphausen, Delbrück, v. Kameke, v. Friesen u. A.

Die Spezialberathung über § 1 des Militärgesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Graf Bethusy-Huc: M. H., um den Standpunkt zu präzisiren, welchen meine politischen Freunde und ich in dieser Frage einnehmen, muß ich zunächst das Mißverständniß klar legen, welches das Amendement, das wir in der Kommission gestellt haben, bei einem großen Theile der Presse und des Publikums gefunden hat. Man hat in demselben den Versuch der Anbahnung eines Kompromisses erblicken wollen, welchem die Absicht zu Grunde liegt, die Forderung der Regierung herabzumindern. Eine solche Absicht hat uns ganz fern gelegen, wir haben vielmehr die Meinung gehabt, daß die Vorlage der Regierung weder dem konstitutionellen Prinzip und dem Budgetrecht dieses hohen Hauses entgegenstehe, noch auch daß sie die virtuelle und finanzielle Leistungsfähigkeit des Volkes überlaste. Es konnte uns also nicht beikommen, uns anzumaßen, der Regierung auch nur einen Mann von demjenigen Präsenzstande abhandeln zu wollen, dessen sie zu bedürfen glaubte, um die Verantwortung zu übernehmen für die Kriegstüchtigkeit der Armee und für die Sicherheit des Vaterlandes. (Bravo.) Unser Amendement hatte lediglich den Zweck, die Forderung der Regierung in eine korrektere, dem konstitutionellen System formell angemessenere Form zu gießen. Wenn es auf der einen Seite die Regierung scheinbar dadurch beschränkte, daß es diejenigen Ersparnisse, welche dieselbe alljährlich in dem Budget nachzuweisen beabsichtigte, in das Gesetz selbst aufnähme, so erweiterte es ihre administrative Freiheit auf der anderen Seite durch die Einführung des Begriffes der Durchschnittspräsenz in einem so erheblichen Maße, daß diese scheinbare Beschänkung mehr als aufgewogen angesehen werden konnte. Wenn es auf der einen Seite die Nation und ihre Vertreter für gelegentliche auf klare Bedürfnisse nicht begründete Mehrforderungen sicherstellte, gab sie auf der anderen Seite der Regierung eine Sicherung gegen die wechselnde Kritik über die Art, in der sie die Ersparnisse, die ihrem Umfange, ihrem Maße nach feststehen, herbeizuführen für angemessen hält. Es goß das Verhältniß zwischen der Reichsregiernng und dem Reichstag in eine dauernde, festere Form als die Vorlage selbst und schloß auf diese Weise so weit als möglich die Aussicht auf Reibungen aus. Wir sind, wie wir waren, der Ueberzeugung, daß die Forderung der Regierung das Budgetrecht dieses Hauses nicht nur nicht schwäche, sondern es stärke dadurch, daß es sich in solche Grenzen einschließt, welche es wirksam zu machen ermöglicht, und es aus einem Scheinrecht in ein wirkliches Recht verwandelt. Wir sind, wie wir waren, der Meinung, daß die Forderung der Regierung, eine Fundamentalorganisation des Staatslebens in feste gesetzliche Formen zu gießen, dem konstitutionellen System im Allgemeinen nicht nur entspricht, sondern vielmehr eine Vorbedingung desselben bildet. Wir behaupten, wie wir behaupteten, daß die Forderung der Regierung, die Feststellung der Heeresorganisation durch Gesetz, ein Postulat des deutschen Verfassungsrechtes ist. Wir behaupten, daß die Forderung der Regierung der Eigenart des deutschen Reiches entspricht, nicht nur der Eigenart, welche es zugleich mit der kaiserlich hohenzollernschen Spitze aus Preußen herübergenommen hat, sondern auch der Eigenart, welche ihm durch den Charakter eines Bundesstaats innewohnt, welcher Vereinbarungen über solche fundamentale Fragen immer mit größeren formellen Schwierigkeiten begleitet, als es in einem Einheitsstaate der Fall sein würde. Wir haben deshalb nicht ohne lebhaftes Bedauern das Amendement des Herrn Abgeordneten v. Bennigsen ins Leben treten sehen, indem wir besorgten, dem Gesetz könnte durch dasselbe wiederum der Charakter eines Provisoriums auferlegt werden, dessen Endschaft in eine Zeit fällt, dessen Charakter wir nicht bestimmen können. Wir haben das Amendement nicht mit unterzeichnet, weil wir hoffen, am Ende dieses Provisoriums das Definitivum zu erreichen. Dasselbe ist für uns ein Prinzip und wir haben durch Unterzeichnung jenes Amendements nicht den Schein erwecken wollen, als könnten wir dieses Prinzip auch nur vorübergehend verleugnen. (Bravo! rechts.) Wir wollten auch das oberste Gesetz in öffentlichen Dingen, das Gesetz der politischen Wahrheit, nicht verleugnen. Wir würden gegen den Grundsatz der politischen Klugheit zu verstoßen geglaubt haben, wenn wir die Möglichkeit zuließen, aus unserem heutigen Vorgehen ein Präjudiz gegen uns zu schaffen in einer Zeit, deren Charakter wir nicht übersehen können. Anders aber stellt sich für uns die Frage, ob wir dieses existirende Amendement abzulehnen oder anzunehmen haben, und da will ich für meine Person nicht anstehen zu erklären, daß ich darüber nicht einen Augenblick zweifelhaft bin. Wenn wir annehmen dürften, daß die Regierung sich zu dieser Nachgiebigkeit nur hat veranlaßt sehen können, bewegt durch ernste Zweifel, ob das von ihr vorgeschlagene Gesetz die Majorität des Reichstages erhalten würde, so war für uns kein Zweifel mehr darüber obwaltend, daß, nachdem diese Erklärung seitens der Reichsregierung, seitens der Vertreter des Bundesrathes gegeben worden, etwas Mehreres als das Vorgeschlagene unerreichbar war. Diese Sachlage stellte uns vor die doppelte Alternative: wir hatten uns zu fragen, ob wir der Regierung das von ihr Mindergeforderte gewähren, oder geleitet von dem Wunsche, ihr ein majus zu bringen, ihr das minus zu verweigern, sie dadurch gegenüber dem Nichts zu stellen und das Gesetz zum Scheitern bringen wollten. Wir haben uns nicht den Befürchtungen anschließen können, daß aus einem solchen Scheitern des Gesetzes ein Konflikt unmittelbar bevorsteht, wir haben die Möglichkeit eines solchen Konfliktes erst nach der Budgetverhandlung des nächsten Herbstes in Aussicht nehmen, aber nicht befürchten können, wir haben aber trotzdem vor Europa es nicht vermocht, die Verantwortung für das Scheitern dieses Gesetzes gegen den Willen der Regierung auf uns zu nehmen (Sehr gut! rechts.) Die zweite Alternative gipfelt in der Frage: wollen wir der Regierung, deren Intentionen wir früher als andere Parteien unterstützt haben, auch jetzt folgen, oder auf dem Prinzip bestehen, sie bekämpfen in einer fundamentalen Frage zu einer Zeit, wo sie in einem Kampfe steht gegenüber einer Koalition, deren Stärke und Heterogenität ich nicht besser bezeichnen kann, als wenn ich die Namen Richter (Hagen) neben Graf Praschma, Hasselmann neben Windthorst (Meppen) nenne. (Große, andauernde Heiterkeit und Gelächter.) Meine Herren, Ihr Lachen wird es nicht hindern, daß ich mit dieser kleinen Bemerkung denn doch ein wenig den Nagel auf den Kopf getroffen (erneute Heiterkeit) und die Situation gekennzeichnet habe, in der wir uns befinden. Auch gestern ist der Charakter dieser heterogenen Koalition durch den Herrn Abg. Reichensperger beleuchtet worden, welcher einen solchen höheren Wärmegrad des Patriotismus entwickelte, der mir vielmehr einen Gegensatz gegen diesen Begriff zu bilden schien. Patriotismus ist die unbedingte Hingabe des ganzen persönlichen Menschen unter den höheren Begriff des Vaterlandes und ist ein untheilbarer Begriff, welcher ein majus ebensowenig hat, als ein minus. Meine Herren, es galt für uns in dieser militärischen Frage diejenige sittliche und politische Disziplin zu bewahren, welche sich der inneren freien Unabhängigkeit des Mannes nicht nur nicht entgegenstellt, sondern sie überhaupt nur erhalten kann. Ein bloßes Bestehen auf seiner eigenen Meinung kann man, in eine hinterwäldliche Farm, in seine Kinderstube sich versetzend, allerdings bewundern. Wir aber haben nicht die Absicht, ein politisches Programm hier zu durchleben, sondern das Vaterland in wirklich politischen Handlungen zu fördern. Diese Unterordnung unter das allgemeine Staatswohl ist die unbedingte Voraussetzung einer jeden staatlichen Bildung und das deutsche Reich wird nur erhalten werden können, wenn diese Tugend fort und fort von uns geübt wird. Unsere Meinung haben wir positiv und negativ klar ausgedrückt: unsere Handlungen wollen wir dem Staatswohl unterordnen. (Beifall rechts.) Was wir thun, wollen wir nicht halb thun; nicht mit freudigem, aber mit vollem Herzen wollen wir in versöhnlicher Nachgiebigkeit dem Kaiser, seinem Kanzler, wollen wir der Bundesregierung folgen; wir wollen auch mit Ihnen die Hoffnung festhalten, daß nach sieben Jahren die deutsche Nation wie heute wissen wird, was sie ihrer Würde, was sie ihrer Sicherheit schuldig ist, und bis dahin acceptiren wir das uns gestern vom Abg. v. Bennigsen angetragene Bündniß konservativer und liberaler Elemente zur Unterstützung der Reichsregierung auf ihrem nationalen Wege. Wir wollen dieses Bündniß für segensreich halten für die Zukunft, wie wir manchen positiven Schritt in der Vergangenheit auf diesem Wege gemacht haben, so lange die beiden Parteien, welche es bilden, sich stets der königl. Devise bewußt sind, so lange die kleinliche Parteiinteressen immer der öffentlichen Rücksicht, der Erwägung des Gesammtwohles unterordnen. Die deutsche Reichspartei wird dem deutschen Reiche ihren Dienst niemals versagen. (Beifall.)

Abg. Richter (Hagen): Meine Herren, der Herr Abg. Graf Bethusy hat sehr wohl daran gethan, sich selbst zu attestiren, daß er den Nagel auf den Kopf getroffen. (Heiterkeit.) Seine Zusammenstellung von Namen ist übrigens nicht neu. Bisher haben nur die Offiziösen der allergewöhnlichsten Art eine Genugthuung darin gefunden, sich darin zu spiegeln. M. H. unlängst las ich noch in einer großen offiziösen Zeitung an dem Ende des gegen die Fortschrittspartei aufgestellten Sündenregister: sogar bei der Wahl des Platzes für das Reichstagsgebäude hätte die Fortschrittspartei sich nicht enthalten können mit den Schwarzen zu stimmen. M. H., wie in solchen kleinen Sachen so in großen richten wir unsere Abstimmung nicht nach dem Beifall anderer Personen und nicht nach dem Mißfallen anderer Personen, (Sehr wahr! links) sondern nur nach der Sache selbst. Unter anderen und schwierigeren Verhältnissen, im konstituirenden Reichstage, ist auch anderen Parteien ein solcher Vorwurf wie uns heute nicht erspart worden. Wäre damals die nationalliberale Partei vor diesem Vorwurf zurückgeschreckt in ihren Anträgen und Abstimmungen, so würde sie nicht im Stande gewesen sein, viele ihrer Amendements in die Reichsverfassung zu bringen, welche dieselbe wesentlich verbessert haben, wesentliche Schutzwehr enthalten gegen den Absolutismus. Solche Amendements sind damals nur deshalb durchgedrungen gegen den Herrn Grafen Bethusy und seine politischen Freunde, weil man sich nicht gescheut hat, auch die sogenannten Schwarzen und Rothen dafür stimmen zu sehen. (Bravo!) Als derselbe Vorwurf damals von dem jetzt berüchtigten Herrn Wagener dem Abg. von Vincke u. A. den Nationalliberalen gemacht wurde da erwiderte der Herr Abg. Twesten: es sei wahr, daß sie mit den Partikularisten stimmten: „Die Ursache davon liegt aber an dem Herrn von Vincke und seinen Freunden." Da die, auf welche wir für die Aufrechterhaltung mancher konstitutionellen Grundsätze zählen zu können glaubten, uns im Stiche gelassen, (Hört! links,) da haben wir uns allerdings freuen müssen, wenigstens mit solchen Mitgliedern, die sonst nicht mit uns auf demselben Boden standen, eine, wenn auch geringe Majorität zu finden für die Grundsätze, auf die wir im Namen der Zukunft unseres Vaterlandes niemals verzichten können. (Lebhaftes Bravo!) Und wie heute, so finden Sie auch damals „Lebhaftes Bravo" im stenograghischen Bericht zu diesen Worten des Abgeordneten Twesten verzeichnet. Meine Herren, ist es denn gar so wunderbar, wenn in Fragen des parlamentarischen Rechts, in Fragen der gemeinen Freiheit alle Minoritäten sich zusammen schaaren, alle Minoritäten gemeinsam Schutz suchen in dem formellen Recht? Statt darüber zu zetern, sollte man vielmehr eine Anerkennung darin finden, daß alle Minoritäten bestrebt sind, sich den Boden möglichst zu erhalten, auf dem sie in gesetzlicher Weise ihren Bestrebungen Ausdruck geben können. (Sehr wahr!) M. H.! es ist gestern und noch mehr an anderen Orten von nationalen Parteien, von nationalen Majoritäten gesprochen worden, es ist an einem anderen Orte von reichstreuen Wahlkreisen die Rede gewesen, die durch die Fortschrittspartei nicht in entsprechender Weise vertreten würden. M. H., die Reichstreue der deutschen Fortschrittspartei ist älter als manche Partei in diesem Hause (Sehr richtig!) und keine Partei zählt unter ihren Mitgliedern verhältnißmäßig so Viele, die für die Idee des deutschen Reiches gekämpft und gelitten haben zu einer Zeit, als diese Idee noch nicht courfähig war, sondern von anderen Kreisen als ein Irrthum und als eine Thorheit angesehen wurde (Lebhafte Rufe: Sehr wahr! Sehr richtig!) und wenn man heute außerhalb dieses Saales soviel hört von Vereinigungen der Reichstreuen, wenn man das Nationale und Antinationale in Deutschland zum Stichwort der politischen Gruppirung macht, so erinnert mich das an diejenigen Gestalten Anfangs der fünfziger Jahre, die in den Preußen- und Treubundsvereinen zum Vorschein kamen und deren politische Individualität in Nichts gipfelte, als in einer livreeartigen schwarz-weißen Kokarde, die im Uebrigen aber, wenn die Zeiten kritisch wurden, sich dem fügten, der das Heft in die Hand bekam. (Zustimmung links.)

Meine Herren, der Herr Abg. von Benningsen hat gestern der Kundgebungen der öffentlichen Meinung erwähnt, die im Sinne der Regierungsvorlagen sich geltend gemacht hätten. Nun, meine Herren, auf solche Kundgebungen hat man sich auch vor 7 Jahren im konstituirenden norddeutschen Reichstage in eben dieser Frage berufen. Da war es wiederum der Herr Abg. Twesten, welcher erwiderte: „Es könnte sogar im Augenblick die populäre Strömung, wie heute von einigen Herren Rednern angedeutet ist, dahin gehen, daß es nothwendig oder zweckmäßig sei, alles zu bewilligen, was die Regierung verlangt. Aber gerade solchen politischen Strömungen gegenüber ist es die Pflicht politischer Männer, dafür zu sorgen, daß nicht in Augenblicken der Erregung, nicht unter Gesichtspunkten, die mit andauernden Einrichtungen nichts zu thun haben, Rechte aufgegeben werden, deren Wiedererlangung später eine Frage der ernstesten Kämpfe und der gefährlichsten Zerrüttung werden könnte." (Hört! hört!) Der Herr Abg. von Bennigsen hat diese Kundgebungen primitiv genannt, er hat gesagt, seit dem Jahre 1848 erinnere er sich nicht so starken Kundgebungen im Volke begegnet zu sein. — Nun, m. H., primitiv sind diese Kundgebungen nicht gewesen, sie sind angefacht worden durch Aeußerungen hochgestellter Personen, die nur zu sehr dazu angethan waren (Unruhe rechts), diese Frage in der großen Menge in einem schiefen Lichte erscheinen zu lassen. Die alsdann von der offiziösen Welt in tendenziöser Weise zugespitzt, systematisch kolportirt und benutzt worden, um die Leidenschaften im Volke anzufachen. Was ich an diesem Treiben der Offiziösen für besonders verwerflich fand, war der Umstand, daß die Agitation in einem Momente losgelassen wurde, wo der Reichstag sich freiwillig Stillschweigen auferlegt hatte, wo er nicht im Stande war, diese Auffassung zu berichtigen, weil er mit Rücksicht auf die Erkrankung des Reichskanzlers die Verhandlungen über die Beschlüsse der Militär-Kommission verlegt hatte. Man glaubte damals noch, daß die einzig verantwortliche Person im deutschen Reiche an diesen Verhandlungen werde Theil nehmen können. Herr von Bennigsen hat diese Bewegung stark genannt. Ja, meine Herren, wenn eine Agitation in dieser Weise angefacht wird, wenn das ganze Spiel der Offiziösen losgelassen wird (Widerspruch rechts), die offiziöse Presse und die offiziöse Telegraphie wetteifern, wenn die Beamten der untern Instanzen dann nachhelfen, dann entsteht allerdings in Deutschland ein Getöse, das für manche schwache Nerven zu stark und das wohl geeignet ist, Diesen oder Jenen zu betäuben. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) M. H., man hat uns von anderer Seite immer gesagt, diese Frage der Präsenzstärke eigne sich nicht für die große Menge, sie dürfe nicht hinausgetragen werden auf den öffentlichen Markt. Gerade der Herr Graf Bethusy hat solche Aeußerungen gethan (Abg. Graf Bethusy: Wo?) Zuletzt noch in der Kommission. Man hat gesagt, diese Frage müsse durch den § 1 dauernd den Wählerversammlungen entzogen werden. Meine Herren, wir waren dieser Ansicht nicht, aber darin allerdings stimmten wir mit den Herren soweit überein, daß in der heutigen politischen Situation militärische Fragen eine sehr diskrete Behandlung erheischen. Wir haben uns diese Diskretion auferlegt, wir haben diese Fragen hier bei der ersten Berathung mit einer fast langweiligen Sachlichkeit behandelt, wir haben auch in der Presse sie nie anders wie sachlich behandelt, nnd als die Versuchung an uns herantrat, in der Kommission die höchst populäre Frage der Dienstzeit in diesen § 1 hineinzuziehen, da haben wir dieser Versuchung widerstanden, nicht, weil wir unser Programm in dieser Beziehung aufgegeben hätten, sondern, weil wir der Ansicht waren, daß diese augenblickliche politische Situation auch in dieser Beziehung eine distrele Behandlung erheische. (Sehr richtig.) Ich bin dem Herrn Referenten besonders dankbar, daß er es in seinem mündlichen Berichte nicht unterlassen hat, diese unsere Aeußerungen in der Kommission wiederzugeben. Meine Herren, wenn wir so wenig zurückgeschreckt wären vor einem Konflikte, wie auf der Gegenseite, dann wäre es uns ein Leichtes gewesen, Demonstrationen im entgegengesetzten Sinne noch, bevor wir in die Osterferien gegangen sind, hier unter unseren Augen aufzuführen? (Widerspruch rechts.) M. H., was wir 8 und 14 Tage später konnten, würden wir auch früher gekonnt haben, und seien Sie überzeugt, daß diese Demonstrationen ebenso wenig ihr Echo verfehlt haben würden, als die folgenden. M. H., aber allerdings wir appelliren an den Verstand politisch gereifter Männer, (Rechts: Unser Urtheil ist so viel werth wie das Ihrige) wir verschmähen es, an den Unverstand, an die Leidenschaften der Menge zu appelliren. Was ist nicht Alles geschehen, um in dieser Frage den Verstand, das Urtheil zu verwirren und die Leidenschaften obenauf zu bringen, hat man nicht von offiziöser Seite die Leidenschaften, welche der kirchliche Streit in den Gemüthern erregt, bewegt und die Frage so darzustellen gesucht, als ob von Annahme oder Ablehnung des § 1 die Fortsetzung oder das Aufhören des weiteren Kampfes gegen die römische Kurie bedingt sei, (Links: Hört! hört!) hat man nicht in unseren Grenzprovinzen die Frage so darzustellen versucht, als ob die Ablehnung des § 1 eine Einladung an die Franzosen wäre, über die Grenze zu gehen? (Heiterkett links. Zustimmende Bewegung rechts.) Nun, m. H., Sie sehen, wenn es sogar auf diese Herren (rechts) gewirkt hat, um das Urtheil in dieser Frage zu verwirren, wie wenig kannn man es dann der großen Menge verargen, wenn sie nicht im Stande bleibt, sich ein ruhiges und klares Urtheil in dieser Sache zu bewahren.

M. H. Am meisten habe ich es bedauert des Auslandes wegen, daß ein derartiger Spetakel im deutschen Reiche zur Aufführung gekommen ist, daß derartige Kundgebungen im deutschen Reiche in dieser Weise in Szene gesetzt worden sind. Meine Herren, wenn das Ausland hierbei nicht zu unterscheiden im Stande wäre — was ich hoffe — den Grundton der deutschen Stimmung und den offiziösen Lärm, der diesen Grundton aufzuheben droht, dann müßte das Ausland nicht zu der Schlußfolgerung kommen: dieses deutsche Reich, das uns gegenüber so siegreich, so einig war, dieses deutsche Volk, das uns gegenüber so treu zu Kaiser und Reich gestanden hat, von welchem unsäglichen Mißtrauen gegen sich selbst muß es besessen sein, wenn es auf eine verblümte Andeutung hin, ohne den Rath seiner eben erst gewählten Vertreter zu vernehmen, sich sofort bereit erklärte, Rechte, die es zu anderen Zeiten in so hohem Maße werth gehalten hat, der Militärdiktatur zu opfern um bei dem Bilde des Herrn v. Bennigsen zu bleiben?

Meine Herren, wenn die Reichsregierung glaubt, daß der Reichstag sich nicht in Uebereinstimmung befände mit dem Bewußtsein des deutschen Volkes, so giebt die Verfassung das Recht, den Reichstag aufzulösen. Wenn man aber aus sehr erklärlichen Gründen von dieser Maßregel keinen Gebrauch gemacht hat, m. H., dann sollte man doch Alles vermeiden, beliebig zusammengewürfelte Volkshaufen gegen Reichstag und Reichstags-Abgeordnete im Namen des Volkes zu Felde zu führen. (Sehr richtig! links.) Derartige Volksmengen als oberste Instanz über den Reichstag hinzusetzen. (Hört! hört! links.) M. H., das erinnert allerdings an 1848, aber an Auswüchse von 1848. (Sehr richtig.) Wie man heute Börsenbesucher anstiftet, um nach Schluß der Börse im Namen des Volkes ihre Forderungen zu stellen, so sind damals wohl Arbeiter bei Beginn des Feierabends verleitet worden, vor das Hotel eines Ministers zu ziehen, um im Namen des Volkes ihre

Forderungen zu stellen. M. H., Herr v. Bennigsen sagt, diese Agitationen seien nicht blos an den Reichstag gerichtet gewesen, sie hätten bezweckt, eine Verständigung herbeizuführen. Nun, m. H., verständigen kann man sich nur, wenn man auf beiden Seiten zu der Verständigung bereit ist. So kunstgerecht waren aber diese Agitationen eingeleitet, daß auch nicht eine einzige Adresse und wäre es auch nur aus Versehen, zugleich an den Bundesrath abgegangen ist. Das weiß doch Jedermann hier, Andeutungen über die Bereitwilligkeit zur Verständigung hat es wahrlich auf keiner Seite von Anfang an im Reichstage gefehlt. Der Fehler lag an dem Umstande, daß die Regierung starr und unbeweglich auf dem Standpunkt stehen blieb, den sie von Anfang an eingenommen hatte. (Sehr richtig! links.)

Und wenn es nun gelungen wäre, den Reichstag gegen seine Ueberzeugung unter das Joch des § 1 zu beugen, glauben Sie, daß dadurch der europäische Ruf des Kanzlers gewachsen wäre? Glauben Sie, daß nicht in jedem Falle das Ansehen des Reichstags weit mehr verloren hätte? (Sehr wahr! links.) Und bracht nicht das neugeschaffene Kaiserthum in diesem viel gegliederten Bundesstaate eines angesehenen Reichstages? (Sehr wahr! links.) Hat nicht Fürst Bismarck, als er im Sommer 1866 an das Schwert schlug, um das deutsche Einigungswerk zu beginnen, den deutschen Reichstag, wie er in den Erinnerungen des Volkes seit 1848 fortlebte, mit in sein Programm aufnehmen müssen? (Hört! hört! links.) Meine Herren, und gesetzt den Fall, alle diese Kundgebungen hätten es bewirkt, daß eine Bewilligung, die früher vielleicht nur auf 3, 4, 5 Jahre erfolgt wäre, nunmehr auf 7 Jahre erfolgt, m. H., steht wirklich dieser Preis im Verhältniß zu dem bösen Beispiel, welches für die Behandlung öffentlicher Angelegenheiten in Deutschland gegeben worden ist? (Sehr richtig und Bravo auf verschiedenen Seiten des Hauses.) Fällt nicht jetzt, nachdem die Regierung nachgegeben, die Uebertreibung der Offiziösen mit auf die Regierung zurück? Glauben Sie denn, daß so leicht wie es ist, diese offiziöse Jagd zurückzupfeifen, es auch ist, der bethörten Menge (Sehr gut!) vorzustellen, warum eine Modifizirung des § 1, die am Freitag noch als Landesverrath ausgegeben wurde, (Bravo!) am Sonnabend schon vereinbarlich gewesen ist mit einem ausgezeichneten Patriotismus? (Sehr gut, links, Ausgezeichnet!) Glauben Sie wirklich, daß wenn bei einer siebenjährigen Bewilligung der Patriotismus unzweifelhaft ist, mann dann noch ferner der Menge vorhalten kann, daß derjenige, der dieselbe Ziffer nur für die budgetmäßige Periode bewilligen will, der ein Reichsfeind, ein Landesverräther ist. (Sehr richtig! von verschiedenen Seiten.) Meine Herren, was mich am meisten betrübt hat, daß man auch die Person unseres erhabenen Kaisers in diese Sache hineingezogen hat. (Zustimmung von verschiedenen Seiten.) Das amtliche Blatt, die „Provinzial-Korrespondenz", hat diese Agitation mit einem Artikel eröffnet, an dessen Schluß es hieß: „nun denn, es mögen alle wahrhaft national Gesinnten der Führung des kaiserlichen Kriegsherrn folgen." Diese Aufforderung hat natürlich sofort durch das offiziöse Telegraphenbüreau die entsprechende Verbreitung in Deutschland gefunden. Meine Herren, wir Alle folgen der militärischen Führung unseres erhabenen Kaisers und ein Verräther wäre, wer dieser Führung nicht folgen wollte. Aber der Kaiser soll nach unserer Verfassung nicht die Führung des Reichstages und der Wählerversammlungen haben. (Sehr wahr! auf verschiedenen Seiten. Hört! Hört! links.) Die Verantwortlichkeit auch für die Militärgesetzgebung ruht nicht mehr ungetheilt beim Kaiser. Verantwortlich dafür sind in gleicher Weise der Reichstag und der dem Reichstage verantwortliche Reichskanzler, und der Reichstag soll seinen Theil an der Verantwortung tragen nach seiner selbstständigen Einsicht und nach seinem selbstständigen Ermessen. (Sehr richtig! auf verschiedenen Seiten.) Wenn ich jemals zu der Ueberzeugung käme, daß der deutsche Reichstag unfähig wäre, die ihm auferlegte Verantwortung selbstständig zu tragen, dann würde ich der Erste sein, aufzufordern, zu dem alten Absolutismus zurückzukehren. (Sehr richtig! auf verschiedenen Seiten.) M. H., wir Altpreußen haben uns bei dem absoluten Regiment, was die rein materielle Seite, was insbesondere diese Militärfragen anbetrifft, gar nicht so schlecht befunden. Der Absolutismus ist gewiß unvollkommen, aber das verwerflichste Regierungssystem ist ein Scheinkonstitutionalismus, (Zustimmung auf verschiedenen Seiten), bei dem der Volksvertretung keine andere Rolle zufällt, als vor dem Volke die Gehässigkeit der Staatslasten zu tragen. (Sehr gut!) Wer im Streite der Meinungen die Standarte des Kaisers hineinwirft, der macht sich mitschuldig, wenn, was ich niemals hoffe, es je dazu kommen sollte, daß eine Opposition in Deutschland, die bisher nur gegen Regierungsmaßregeln und gegen Minister bestand, eine anti-kaiserliche werden sollte. (Sehr gut.) Mit Rührung hat mich die Einfalt erfüllt, wenn ich in einzelnen Landgemeinden die Leute auf das Aufgebot ihres Bürgermeisters, ihres Vorstehers, herankommen sah, Adressen zu unterzeichnen und sie erklären hören, wir wollem dem Kaiser ein Vertrauensvotum geben. Aber andererseits habe ich mir doch sagen müssen, ist das nicht der Anfang eines französischen Plebiszit? (Hört! hört! links.) Sollte uns nicht die französische Geschichte warnen, den Kaiser einem Plebiszit zu unterwerfen, muß nicht das Ansehen der Monarchie darunter leiden, auch wenn der kaiserliche Name mit den kolossalsten Majoritäten aus einem solchen Plebiszit hervorgeht. (Sehr richtig! auf verschiedenen Seiten.) M. H., man soll auch den Namen des Kaisers nicht mißbräuchlich führen. (Sehr gut! auf verschiedenen Seiten.) Man soll im Namen des Kaisers nicht aus einer unwesentlichen Veranlassung und nicht zu oft aufrufen, das Ohr des Volkes möchte sich sonst leicht abstumpfen, und der Ruf würde bei wirklichen Gefahren für das Reich nicht das volltönige starke und allseitige Echo finden, wie wir es wünschen müssen, das es jeder Zeit findet. (Bravo! links. Sehr gut! auf verschiedenen Seiten.)

M. H., offen gestanden, hat uns der Angriff, den der Herr Abg. v. Bennigsen gestern gegen die Fortschrittspartei vollführte, ein Angriff, der bei dem Hören seiner Rede von uns noch lebhafter empfunden worden ist als beim Lesen — überrascht. Meine Herren, wenn der Herr Abg. v. Bennigsen den Ausgleich, wie er heute zu Stande kommen wird, wirklich für einen glücklichen hält, wenn er davor zurückgeschreckt ist — und ich habe ja keinen Grund, das zu bezweifeln —, den § 1 unverändert anzunehmen, wenn ihm an der Wahrung der konstitutionellen Rechte durch periodische Bewilligung soviel gelegen war, so mußte er sich doch andererseits sagen, daß er diesen Ausgleich auch der Fortschrittspartei zu verdanken hat. (Sehr wahr! links.) Wenn unsere Partei in ihrem Widerstande gegen den unveränderten § 1 nicht kräftiger sich erwiesen hätte, als die Mehrzahl seiner Parteigenossen, er gar nicht in die Lage gekommen wäre, gestern überhaupt eine Rede zu halten. (Heiterkeit.) Meine Herren, wir stehen zu der Gesammtheit der nationalliberalen Partei durchaus nicht in dem schroffen Widerspruch, wie es nach den Aeußerungen des Hrn. Abg. v. Bennigsen scheinen könnte. Meine Herren, wir sind durchaus nicht die Doktrinäre, die starren Prinzipienreiter, als die man uns oft hinzustellen beliebt. Wir haben es bei vielen Gelegenheiten und bei anderen Paragraphen von großer Wichtigkeit in der Militärkommission bewiesen, daß wir Ausgleiche suchen und nicht den Konflikt. Aber, meine Herren, auch darin muß ich mich auf die Worte eines Mannes berufen, der von mir ebenso hoch geachtet war, wie von dem Herrn Abg. v. Bennigsen: „Wo ein Ausgleich zu suchen ist," sagte der Herr Abg. Twesten in eben dieser Frage vor 7 Jahren, „da muß es einen Punkt geben, wo man sagt: „Bis hierher und nicht weiter." Das giebt den Unterschied zwischen einem politischen Charakter, sagte Herr Twesten, und einer Molluske. (Heiterkeit und Zustimmung.) Meine Herren, wir würden allerdings, wenn die Frage überhaupt zur Entscheidung gekommen wäre, ob der § 1 unverändert anzunehmen sei oder nicht, zwischen uns und denjenigen, die sich auch soweit vor der Regierung gebeugt hätten, ihr soweit entgegengekommen wären, — mit denen, würden wir geglaubt haben, eine engere politische Gemeinschaft in diesem Reichstage nicht fortsetzen zu können.

Aber m. H., gestatten Sie mir nun, die Stellung meiner Partei zur vorliegenden Frage, zu den vorliegenden Anträgen, so knapp zu kennzeichnen, wie es mir in der gegenwärtigen Situation allein noch angemessen erscheint. M. H., meine Zweifel darüber, ob es nöthig oder auch nützlich sei, die Dienstzeit der Infanterie um mehrere Monate zu verlängern und damit eine Erhöhung des Präsenzstandes um 35,000 Mann herbeizuführen, diese meine Zweifel, welche ich Ihnen in der ersten Berathung ausführlich darzulegen Gelegenheit hatte, sind auch heute noch nicht gehoben, umsoweniger als andererseits die Einnahmen des Reichs ein stetiges Sinken zeigen. Ich kann es auch heute noch nicht fassen, warum alle Ersparungen, die seit 12 Jahren aus eigner Initiative der Militärverwaltung bald in größerem, bald in geringerem Umfange eingetreten sind, Ersparungen, die uns nicht gehindert haben, 3 glorreiche Kriege zu führen, warum die vom Jahre 1875 ab durchaus unzuläßig sein sollen. Indessen meine Herren, ich sage: darin, ob einige tausend Mann mehr oder einige tausend Mann weniger, ob einige Monate Dienstzeit mehr, uns einige Millionen Thaler mehr, darin liegt kein politisches Prinzip; das ist für mich eine Budgetfrage, eine Zifferfrage wie jede andere, und wenn die Regierung diese Frage, wie sie es in der letzten Zeit gethan hat, mit ihrer politischen Verantwortlichkeit in Verbindung bringt, dann kommen auch wir zu der Schlußfolgerung, daß die Meinungsverschiedenheit weder nach ihrer Größe noch nach ihrer Natur geeignet ist, in der gegenwärtigen politischen Situation politische Gegensätze zum Austrage zu bringen. Auch das will ich Ihnen offen sagen: nicht der letzte Punkt der Erwägungen, die uns hierbei bestimmen, ist auch der, daß die Regierung gegenwärtig nach einer anderen Seite in einem Kampfe begriffen ist, den sie nicht gesucht hat, sondern der ihr aufgezwungen worden ist. Wenn wir in dieser Weise also für die budgetmäßige Zeit die Bewilligung von 384 oder 401,000 Mann zugestehen — und unser Antrag hat den Zweck, dies vor aller Welt deutlich zu dokumentiren — so können wir uns auch nicht verhehlen, daß die Situation sich in den folgenden Jahren in ähnlicher Weise erhalten kann und daß wir dann in ähnlicher Weise auch dahin kommen können, für die einzelnen folgenden Budgetperioden eine solche Bewilligung eintreten zu lassen. Das kann aber für uns noch kein Grund sein, heute eine über die nächste Budgetperiode hinausgehende formelle Bewilligung eintreten zu lassen. Aus sachlichen Gründen sehen wir deshalb dazu keine Veranlassung, weil, wie ich schon bei der ersten Lesung auseinandersetzte, uns eine solche Festsetzung der Heerespräsenz auf längere Zeit durch das Institut der allgemeinen Wehrpflicht nicht geboten erschien. Das erste Gesetz, das die Wehrpflicht in Preußen einführte, dasjenige von 1814 bestimmte, daß die Stärke des Heeres sich nach den jeweiligen Staatsverhältnissen richten müsse; dies Gesetz ist aus der eigensten, unbeschränktesten Initiative des Königs hervorgegangen. Die Erfahrung hat auch gezeigt, daß die Präsenzstärke von Jahr zu Jahr eine verschiedene gewesen ist. Meine Herren, wie wir aus inneren Gründen keine Veranlassung finden, die Präsenzstärke auf längere Zeit im Voraus formell bindend festzusetzen, so verlangen auch äußere Gründe dies nicht, insbesondere auch nicht die Situation des Auslandes. Dem Auslande imponirt man allerdings dadurch, daß man eine Anzahl von Cadres und eine Anzahl von Mannschaften präsent hält, die Frage aber, wie die gesetzgebenden Faktoren sich unter einander in Bezug auf diese Festsetzungen verhalten, ist eine Frage, die nur das Inland interessirt, es sei denn, daß man das Reich für so wenig gestärkt, das deutsche Volk für so wenig geeignet hält, wie es Seitens des Herrn Abgeordneten von Bennigsen der Fall zu sein scheint. Meine Herren, der Herr Abgeordnete von Bennigsen hat gestern freilich bemerkt, daß in diesem Hause große Worte geführt würden, welche zum Inhalte hätten, daß alles, was das Jahr 1866 geschaffen, ein Irrthum gewesen, und alles, was das Jahr 1870 geschaffen, nur ein Fehler sei. Nun, m. H., ich weiß nicht, ob der Herr Abgeordnete v. Bennigsen dabei an den Herrn Abgeordneten Ewald oder vielleicht an einige der Herren Sozialdemokraten gedacht hat, ich muß gestehen, der Reichstag hat diese großen Worte bisher gelassen angehört, und wir sind, wenn wir die Herren auftreten sahen, dabei nichts weniger als wie in furchtsame Stimmung gerathen; ich habe bisher nicht geahnt, daß die Reden dieser Herren auf das Gemüth des Herrn Abgeordneten von Bennigsen einen solchen Eindruck gemacht haben, um aus ihnen staatsrechtliche Konsequenzen von dieser großen Tragweite zu ziehen. (Sehr gut! links.)

Meine Herren, der Herr Berichterstatter der Kommission hat mit großem Recht angeführt, daß der Reichstag sich in dieser Frage nicht nach dem Beispiel anderer Nationen zu richten habe, sondern daß das deutsche Volk, wie es in diesen militärischen Fragen gegenwärtig die erste Autorität der Welt sei, aus seiner eigenen Brust heraus die Entscheidung finden müsse und sich auch nicht nach dem Beispiel anderer Nationen des 19. Jahrhunderts zu richten habe. Damit hat der Herr Berichterstatter in der That die Meinung der Kommission treu wiedergegeben. Um so mehr hat es mich befremdet, daß Herr von Bennigsen, der Vorsitzende der Kommission, für seine Deduktionen zurückgegangen ist auf einen vor 2000 Jahren bestandenen Staat. Wenn ich auch anerkenne, daß in manchen privatrechtlichen Gebieten die damaligen Normen noch heute ihre Geltung haben, so hat es mich doch befremdet, daß man aus dem Staatsrecht eines Staates, der die Sklaverei zu seiner Voraussetzung hatte und der durch den Cäsarismus schmählich zu Grunde gegangen ist — daß man aus diesem Staatsrecht Analogien für das neue deutsche Reich herleiten zu dürfen geglaubt. (Bravo! auf verschiedenen Seiten.)

Bei diesem Punkte hat das hohe rhetorische Geschick, welches Hrn. v. Bennigsen ja sonst eigen zu sein pflegt, ihn offenbar für den Augenblick im Stich gelassen.

Der Herr Abgeordnete v. Bennigsen hat seinen Vorschlag aus den Erfahrungen des Pauschquantums zu motiviren gesucht. Nun, meine Herren, ich nehme umgekehrt gegen sein Amendement die Erfahrungen des Pauschquantums zu Hülfe. Der Herr Abg. v. Bennigsen hat behauptet, das Pauschquantum habe sich als eine wohlthätige und heilsame Maßregel erwiesen. Nun, meine Herren, da muß ich den Herrn Abg. v. Bennigsen doch ersuchen, sich zunächst mit dem Herrn Abg. Lasker auseinander zu setzen, welcher in der ersten Lesung des Militärgesetzes ausdrücklich erklärte, daß er die Verlängerung des Pauschquantums im Jahre 1871 für einen großen Fehler erachte, wie dies durch die Erfahrungen, die wir seitdem gemacht, nachgewiesen sei. Meine Herren, das allerdings ist auch meine Ueberzeugung. Ich sehe dabei von den ökonomischen Wirkungen des Pauschquantums noch gänzlich ab. Ich behaupte: wenn wir das Pauschquantum nicht gehabt hätten, so würde der Militäretat in derselben ruhigen sachlichen Weise hier in diesem Hause behandelt worden sein, wie so viele große und wichtige militärische Finanzgesetze, die nicht entfernt mit dem Militäretat zu vergleichen sind und die einer Kritik einen viel größeren Spielraum gewährt haben, in dieser Zeit behandelt worden sind. Meine Herren, glauben Sie doch nicht, daß solche Festsetzungen eine Schranke gegen die Opposition sind. Wenn der Zeitpunkt jemals eintreten sollte, was ich nicht annehmen kann, daß diejenigen subversiven Elemente, die der Herr Abgeordnete v. Bennigsen andeutete, in diesem Reichstage wirklich auch das maßgebende Wort zu sprechen hätten, nun, meine Herren, glauben Sie doch nicht, daß die Majorität dann vor diesem Amendement des Herrn Abgeordneten v. Bennigsen in die Knie sinken wird. Nein, meine Herren, diese Majorität wird dann das Recht gebrauchen, was ihr auch dieser § 1 übrig läßt, sie wird keinen Anstand nehmen, den Etat im Ganzen zu verwerfen, und dann kann sich niemand mehr auf den § 1 gegen die Majorität berufen. Eine schrittweise systematisch vorgehende Opposition aber, meine Herren, wird durch solche Festsetzungen nur gefährlicher, denn solche Festsetzungen geben ihr einen Vorwand zum Agitiren, ohne daß sie sofort aus dieser Agitation die praktischen Konsequenzen zu ziehen braucht, (Sehr wahr! links) und dann entladet sich die bis dahin zurückgehaltene Opposition desto gefährlicher und desto wirksamer beim Ablauf des Provisoriums. Meine Herren, was solche mehrjährigen Festsetzungen verhindern, das ist die ruhige, sachliche Berathung des Militäretats von Jahr zu Jahr. Daran aber hat gerade die konservative Partei und die Regierung das größte Interesse, denn diese Berathungen haben wesentlich auch den Zweck, im Volke das Bewußtsein lebendig zu erhalten, daß eine solche starke Armee wirklich nothwendig ist. Wenn diese Berathungen nicht stattfinden so wird in dem Bewußtsein des Volks diese Nothwendigkeit in dem Maß verschwinden, als die Erinnerungen an den Krieg im Gedächtniß zurücktreten und als die Zeiten friedlicher werden, und, was noch schlimmer ist, die Regierung wird die Sicherheit verlieren, ob sie in den Anforderungen der Exekutive im Einklang befindet mit Bewußtsein des Volkes. Das ist es ja gerade, diese Unsicherheit bei Regierung, ob sie in Einklang mit dem dauernden Bewußtsein Volkes mit dieser Forderung sich befindet. Aus diesem Gefühl der sicherheit heraus ist der § 1 entstanden, und daher ist meine inn Ueberzeugung: Niemand anders ist der wirkliche, wenn auch unabs liche Urheber der heutigen Krisis als gerade der Herr v. Bennigsen, der im Jahre 1871 mit seinen näch politischen Freunden die Entscheidung dafür gegeben das Pauschquantum zu verlängern und eine jährlich wied kehrende, ordentliche, ruhige Berathung des Militär-E zu verhindern. Wenn der Herr Abg. v. Bennigsen uns damit trö daß ja doch im Uebrigen das Budgetrecht erhalten bleibe, daß wirksame Etatsberathung ja noch übrig sei, und daß es Uebertreib sei, wenn man den Werth dieses Budgetrechts heruntersetze, so muß den Hrn. v. Bennigsen wiederum bitten — er wandte sich dabei scharf gegen die Fortschrittspartei — bevor er dergleichen wieder th sich immer erst mit seinem Freunde Lasker auseinanderzusetzen. Mei Ansichten über den Werth des übrig bleibenden Budgetsrechts dec sich ganz mit denen des Hrn. Abg. Lasker, und Hr. Lasker hat in ersten Lesung des Militäretats ausdrücklich erklärt:

„Wenn also der wirkliche und wahre Kern des Budge rechts in der Frage liegt, wie viele Mannschaften und lange sie bei der Fahne gehalten werden, so glaube ich, viel schlimmer als vollständig absolute Herrschaft die ist, wen Sie den Reichstag auf eine Kritik der Posten beschränk welche loyalerweise nicht gut beanstandet werden können u bei denen wir mehr oder weniger die Kalkulatoren oder Rechenkontroleure zu spielen bestimmt sind."

Wenn der Herr Abg. v. Bennigsen bemerkt hat: die Preise stän den ja für das Budget noch nicht unveränderlich fest — er hat viel leicht an die schwankenden Futterpreise gedacht —, so hat auch Herr Abg. Lasker diese Behauptung vorgesehen und in der ersten Be rathung gesagt: daß man bei Anschaffung der Stoffe und Nahrungsmittel weit besser Handwerker und Kaufleute als Sachverständige berufe, um mitzutheilen, wie theuer wohl die Preise für die nächste Zukunft zu schätzen seien (Heiterkeit.) Meine Herren, es ist ja richtig, daß es auch möglich sein wird, die Frage des Heeresaufwandes Präsenzstärke im Allgemeinen beispielsweise bei der Frage der Anschaffung eines neuen Tornisters in den nächsten Jahren mit zu erörtern. Aber wenn da die Opposition eintritt, und der Art an die falsche Ste verlegt wird, glauben Sie denn, daß das nützlich für eine ruhige sachliche Behandlung des Militäretats wirken wird, glauben Sie daß es dazu beitragen wird, nach Ablauf des Provisoriums aller Seiten klar zu stellen, daß wir auch reif sind, in ordentliche Verhältnisse in Bezug auf die Präsenzstärke einzutreten? Nein, die Tröstung die in dieser Beziehung Herr v. Bennigsen ausgesprochen hat, und die er schon, als er vor 4 und 7 Jahren das Pauschquantum motivirte, ebenso ausgesprochen hat, die haben von vorn herein auf mich wenig Wirkung geübt. Wenn sie Wirkung geübt hätten, so wäre diese vollständig verflogen durch die abweisende Erklärung des Herrn Kriegsministers v. Kameke, der es geradezu aussprach, daß nach sieben Jahren die Frage, die die heutige Krisis hervorgerufen hat, dann wieder eintreten werde. Die Frage der dauernden Bewilligung hat also heute noch durchaus nicht ihren Abschluß gefunden. Und die Worte des Herrn v. Kameke haben schon heute ihr Echo gefunden in der Erklärung des Herrn Grafen Bethusy. Meine Herren, das ist ja das Unheilvolle, daß, wenn erst ein solches Stück Absolutismus in unserem Verfassungskörper drin steckt, diese Wunde krebsartig weiter frißt (Sehr wahr! links) und nicht geheilt werden kann ohne Operationen, welche den ganzen Organismus zu gefährden drohen. Ich sehe daher umgekehrt in diesem Amendement Bennigsen nicht eine Beilegung des Konflikts, sondern eine Gefahr für einen künftigen Konflikt und zwar für Konflikte nicht blos auf dem Gebiete des Militärwesens, sondern auch auf anderen Gebieten. Glauben Sie wirklich, daß, wenn Sie in der wichtigsten Staatsfrage die Verwaltung vollständig unabhängig stellen von der Mitwirkung des Reichstags, daß dann die Regierung geneigter sein wird, in andern Fragen mehr den entgegenstehenden Ansichten des Reichstages sich zu fügen? Wir werden ja die Probe darauf bei dem Preßgesetz sehr bald machen können; vielleicht daß die versöhnliche Stimmung, die sich ja immer am Ende eines solchen Streites einzufinden pflegt, uns über Schwierigkeiten hinweghilft, aber auch dann, fürchte ich, werden uns in einer folgenden Session bittere Erfahrungen nicht erspart.

M. H., was ist es denn eigentlich, was immer den Ruf hervorruft, es steht ein Konflikt bevor, — was diese schwüle Situation erzeugt? Es ist doch nur der Umstand, daß unsere Reichsverwaltung aus den Anschauungen des Absolutismus noch nicht völlig heraus ist, und daß sie glaubt, zur Noth auch ohne den Reichstag regieren zu können, eine Politik gegen den Reichstag führen zu können. (Sehr wahr! links) und mit jedem Zugeständniß eines Rechts an die Regierung, mit jeder Aufgabe eines Rechts bekräftigt man die Regierung nur in diesem Glauben, löst man eines der Bänder, welches verhindert, daß der über uns schwebende Konflikt herabkommt. Ich weiß nicht, welche dem deutschen Volke antipathische Persönlichkeit etwa eine erschreckte Phantasie in diesem Augenblicke als den eventuellen Nachfolger des Reichskanzlers sich an die Wand malt, allein das muß ich doch sagen: Wenn man wirklich an eine solche Eventualität glaubt, so ermöglicht man doch mit jedem Recht, welches der Reichstag aufgiebt, es mehr und mehr, daß diese Eventualität in die Wirklichkeit tritt, daß sie Fuß fassen kann. (Sehr richtig! links.) M. H. ich gebe nun zu, es liegt ein wesentlicher Unterschied darin, ob man eine solche Bewilligung eintreten läßt auf wenige Jahre oder bis zu 7 Jahren. Mit der Zahl der Jahre mehren sich die Gefahren. Ein starker prinzipieller Strich aber ist für uns gezogen, sobald diese Bewilligung hinausgehen soll über unser eigenes Mandat. Ich weiß sehr wohl, daß wir ja alle Tage Gesetze machen, deren Wirkung auch hinausgeht über unser Mandat, aber der Unterschied ist ein zweifacher. Wenn wir solche gesetzliche Regelung treffen, so sind wir uns bewußt, daß wir damit Verhältnisse regeln, die wirklich eine dauernde Regelung erheischen, die nicht auf veränderlichen Faktoren beruhen, und zweitens sind wir uns bewußt, daß die Regelung, welche wir treffen, in Uebereinstimmung mit dem gereiften dauernden Volksbewußtsein geschieht. Ist dies hier aber auch der Fall? Nein, der § 1 der Regierungsvorlage ist umgekehrt entstanden; nicht aus dem Bewußtsein der Uebereinstimmung der Anforderung der Exekutive mit dem Volksbewußtsein für die Dauer, sondern aus dem Mißtrauen gegen dieses Volksbewußtsein in der Zukunft. (Sehr wahr! links.) (Ruf rechts: Verfassung!) Die Verfassung will eben dem Volksbewußtsein in der Gesetzgebung zum Ausdruck verhelfen, wenn Sie glauben, daß sie dies nicht bewirkt, so ändern Sie die Verfassung selbst, machen Sie aber nicht solche Gesetze.

Dieser § 1 ist nicht die Forderung eines Vertrauensvotums für die Regierung, sondern die Forderung eines Mißtrauensvotums gegen das deutsche Volk! (Sehr wahr! links.) Es ist ein Vorbehalt des Absolutismus gegen das parlamentarische Regierungssystem in militärischen Angelegenheiten. (Bravo! links.)

Nun bin ich mir wohl bewußt, daß ein großer Unterschied zwischen dem Amendement Bennigsen und dem § 1 der Regierungsvorlage ist und weil wir den verbessernden Charakter dieses Amendements gegenüber der Regierungsvorlage nicht bestreiten, so werden wir auch in einer eventuellen Vorabstimmung für dieses Amendement stimmen. (Hört! Hört!) Immerhin enthält dieses Amendement gewisse Konzessionen an Anschauungen, die den unsrigen diametral gegenüberstehen. Ich weiß sehr wohl, daß die Unterzeichnung dieses Amendements nicht allen Mitgliedern der nationalliberalen Partei so leicht geworden ist, wie es anscheinend bei Herrn v. Bennigsen der Fall gewesen ist. Aber wenn Sie ein solches Opfer bringen zu müssen glauben mit Rücksicht auf die fortgesetzte Amtsdauer des zeitigen Reichskanzlers, so sage ich, die Amtsdauer des Herrn Reichskanzlers liegt nicht in unserem Willen allein, sie liegt auch nicht allein im menschlichen Willen, und wenn man auch heute dieser Fortsetzung der Amtsdauer ein solches Opfer bringt, wer bürgt uns dafür, daß nicht alsbald aus ebenso wenig mit der Sache zusammenhängenden Gründen

ein ferneres Opfer gefordert wird? Wer bürgt uns dafür, daß nicht fortgesetzt der konstitutionelle Boden, auf dem unseres Erachtens allein eine friedliche Entwickelung des Reiches möglich ist, uns entzogen wird, und daß mehr und mehr der Anker gelockert wird, auf dem nach unserer festen Ueberzeugung das deutsche Kaiserthum allein im Stande ist, den Stürmen des 19. Jahrhunderts zu trotzen, der Anker, der felsenfest ruhen muß, im Vertrauen zum deutschen Volk unter allen und jeden Verhältnissen, zu allen und jeden Zeiten. (Lebhaftes Bravo! links.)

Abg. v. **Maltzahn=Gültz**: Meine politischen Freunde und ich stehen auch heute mit unseren Neigungen vollständig auf dem Boden der ursprünglichen Regierungsvorlage. Die dauernde Feststellung der Friedenspräsenzstärke ist stets eine Forderung der konservativen Partei gewesen. Das Amendement Bennigsen schafft immer nur ein neues Provisorium. Als die Vorlage gemacht wurde, war der Regierung die Zusammensetzung dieses Hauses bereits bekannt. Die Regierung mußte sich also bereits vorher die Frage vorgelegt haben, ob der Inhalt des § 1 zu erreichen sei und sie mußte entschlossen sein, wenn der § 1 abgelehnt würde, eher das ganze Gesetz zurückzuziehen, als sich eine Herabminderung gefallen zu lassen. Diese strenge Haltung hat auch die Regierung in der Kommission bewahrt, und diese Festigkeit hatte den hoch erfreulichen Erfolg, daß die Gegner des § 1 im Reichstage von Tag zu Tag an Zahl abnahmen und daß in gleicher Weise die Bewegung im ganzen Lande sich immer mehr zu Gunsten des § 1 aussprach. Nach unserer Ueberzeugung hätte die Regierung auch in diesem Reichstage für den ursprünglichen § 1 eine wenn auch kleine Majorität gehabt. Wäre es aber zu einer Auflösung gekommen, nun, meine Partei hätte eine Auflösnng wegen dieser Frage gewiß nicht zu scheuen gehabt. Nun hat aber die Regierung gemeint, daß es dem Lande und namentlich dem Auslande gegenüber nicht angemessen sein könne, eine solche fundamentale Frage mit einer Majorität von so wenigen Stimmen im Reichstage entschieden zu sehen, ihre Zustimmung zu dem Amendemert Bennigsen erklärt. Es fragt sich für uns, sollen meine politischen Freunde und ich diesem ohne unser Zuthun entstandenen Kompromiß nachkommen? Unser eigenes Parteiinteresse spricht dagegen, aber wir haben gelernt, dasselbe dem Wohle des Vaterlandes unterzuordnen, und das Wohl des Landes fordert allerdings, daß, wenn augenblicklich nicht mehr zu erreichen ist als ein siebenjähriges Provisorium, dieses wenigstens von einer überwältigenden Mehrheit des Hauses beschlossen werde. Wir erkennen ferner an, daß in allen militärischen Angelegenheiten der Regierung Sr. Majestät der Vortritt gebührt, und wenn diese sich mit dem begnügt, was sie augenblicklich erlangen kann, so kann es nicht Sache der konservativen Partei sein, ihr in dieser Frage Opposition zu machen. In die Alliance, wie sie der Abg. Bethusy bezeichnet hat, paßt jedenfalls meine Partei nicht hinein. Wir werden daher für das Amendement Bennigsen stimmen.

Abg. **Hasenclever**: Die ominöse Zahl der 7 Jahre des Bennig'schen Amendements ist jedenfalls aus Rücksicht auf das Septennat in Frankreich gewählt worden. Daß Sie mit diesem Amendement Herrn Mac Mahon einen großen Gefallen gethan, bezweifle ich nicht, und wenn ich Mac Mahon wäre, würde ich ganz gewiß den Kompromißhelden, die das Amendement hier im Hause zu Stande gebracht, den Orden der Ehrenlegion nicht vorenthalten. Daß Herr Richter trotz seiner oppositionellen Rede ausdrücklich erklärt, er werde dennoch schließlich für das Amendement Bennigsen stimmen, hat mich gar nicht mehr überrascht. Sollte es den konservativen Staatsmännern, die jetzt unsere Regierung bilden, einmal gefallen, einen Staatsstreich zu machen, wovor sie jedenfalls nicht zurückschrecken würden, ich bin überzeugt, die gesammte Fortschrittspartei mit Einschluß des Herrn Richter würden einige sehr schöne Reden halten und am Schluß erklären, sie würden aber dennoch dem Staatsstreich der Regierung zustimmen. Herr Bennigsen wies gestern sehr deutlich auf die inneren Feinde hin, für die man die neuen Kanonen und die vermehrten Mannschaften haben müsse. Da Ideen bekanntlich durch Kanonen nicht todt zu machen sind, so fürchten wir uns vor den Kanonen des Herrn Bennigsen ebensowenig wie vor den Drohungen des Herrn Lasker, der einmal hier im Reichstag den Knüppel geschwungen. Herr Graf *Moltke* versicherte uns neulich, daß wir 50 Jahre Kriegszustand nöthig haben müßten, um das von uns Eroberte zu schützen. Um den Preis einer 50jährigen Kriegsnoth sind mir doch die eroberten Provinzen mitsammt Ihrer neugewonnenen Einigkeit Deutschlands etwas zu theuer erkauft. Wir wollen Ihnen garnicht empfehlen, für unsern Antrag zu stimmen. (Heiterkeit.) Wir haben ihn nur aufgestellt, um gegen das herrschende Militärsystem und gegen die stehenden Heere zu protestiren, welche der Fluch der Menschheit sind und über die die Geschichte einst hinwegschreiten muß.

Bundesbevollmächtigter Generallieutenant v. **Voigts=Rheetz**: Das Amendement Bennigsen hat bereits seine Erklärung vom Bundesrathstische erhalten. Es bleibt mir nur übrig, über die Amendements Mallinckrodt und Außfeld zu sprechen. Beide kommen in der Hauptsache darauf hinaus, daß die Feststellung der Friedenspräsenzstärke alljährlich durch den Reichstag erfolge. Das Amendement Mallinckrodt ist ein Anschluß an das Gesetz von 1814, aber mit Zusätzen, die allerdings den Geist und Gedanken dieses Gesetzes so wesentlich modifiziren, daß von demselben wenig übrig bleibt. Eine jährliche Feststellung der Friedenspräsenzstärke durch ein Etatsgesetz trifft nicht dasjenige, was die verbündeten Regierungen fordern zu müssen glauben. Ein solches Etatsgesetz hängt naturgemäß von den Auffassungen des jeweiligen Reichstages ab. Es ist möglich, daß ein solcher Reichstag in späterer Zeit dieselbe Auffassung theilt wie der gegenwärtige; es kann aber auch das Gegentheil der Fall sein. Wenn aber die Reichstage wechseln, so ist nach den Erfahrungen aus früherer Zeit, und die jüngste Zeit hat das wiederum bestätigt — die Armee das Hauptagitationsmoment für den Streit der Parteien. Wir können aber den Bestand und die gesammten Grundlagen unserer Heereseinrichtungen nicht durch eine jährlich wiederkehrende Budgetdebatte in Frage stellen lassen. Wozu das führen würde ist schon von gewissen Seiten ausgesprochen worden. Es handelt sich hierbei von vornherein darum, daß ganze Waffengattungen gestrichen werden sollen, daß ferner 21 Kavallerieregimenter und eine sehr namhafte Zahl von Bataillonen in der Luft hängen bleiben und es von dem jedesmaligen Resultat der Abstimmung abhängt, ob sie weiter bestehen sollen oder nicht. Solche Zustände müssen geradezu demoralisirend wirken und eine Verwickelung herbeiführen, die weder Sie noch die Regierung wünschen können. Die verbündeten Regierungen wissen, daß, wenn einmal ein Reichstag kommt, der eine andere Auffassung hat, als der gegenwärtige, es keineswegs ein illoyaler Reichstag zu sein braucht, um dennoch der Regierung die größten Verlegenheiten zu bereiten. Wir wissen ja aus der Kommission, nach Ansichten, die namentlich vom Zentrum ausgesprochen wurden, daß es sich darum handelt, die zweijährige Dienstzeit einzuführen; daß das Privilegium der einjährigen Freiwilligen eine Ungerechtigkeit sei, die abgeschafft werden müsse, daß endlich die Cadres zwar nicht gesetzwidrig aber auch nicht gesetzlich festgestellt sind. Nun sind die augenblicklichen Stimmenverhältnisse im Hause der Art, daß diese Partei um einige wenige Stimmen verstärkt, bereits die Majorität haben würde, gleichwohl würde ein solcher Reichstag mit solchen Forderungen nicht für einen illoyalen gelten wollen. Es wird nun von den Gegnern des § 1 als Hauptargument angeführt das Budgetrecht des Hauses, das durch die dauernde Präsenzfeststellung illusorisch würde. Ich muß das durchaus bestreiten. Ja wäre die Friedenspräsenzstärke und gleichzeitig wie es seit 1867 bis jetzt der Fall war, die bestimmte Summe pro Kopf ausdrücklich ein für allemal dauernd für immer bewilligt, so wäre zuzugeben, daß alsdann von dem Budgetrecht nur wenig übrig bliebe. Anders aber steht die Frage, wenn nur die Friedenspräsenzstärke bewilligt wird, dagegen jede einzelne Kostenposition nach wie vor Ihrer jährlichen Prüfung bei der Etatsberathung unterzogen bleibt. (Widerspruch.) Ja, die Titel, die bewilligt werden müssen, lassen dieser Prüfung immerhin einen sehr weiten Spielraum. Ich erinnere sodann an die Extra=Ordinaria, und die nachträglichen Kredite, die jedes Heer nothwendig hat und die ganz und gar unter Ihrem Bewilligungsrecht verbleiben. Ferner ist bereits bei der ersten Berathung hervorgehoben, daß jedes andere Gesetz, ja gleichfalls das Budgetrecht des Hauses nothwendig alterirt. Ich erinnere nur an das Invalidenpensionsgesetz, das anstandslos durch das Haus ging. Glaubt sich ein Pensionsberechtigter durch Absetzungen des Hauses in seinen Kompetenzen geschädigt, so hat er das Recht zur Einklagung des ihm nach diesem Gesetze Zukommenden. Trotzdem hat man das **Invalidengesetz** auf ewige Zeiten bewilligt. Aehnlich ist der Fall bei jeder Anleihe=Aufnahme, durch welche der Reichstag gezwungen ist, jedes Jahr eine bestimmte Summe zur Deckung der Zinsen zu bewilligen. Endlich ist nicht zu vergessen, daß der Reichstag durch Annahme der dauernden Präsenzziffer sich eine Selbstbeschränkung solcher Art auferlegt, wie sie in kritischen Umständen für eine Landesvertretung zur Pflicht und in der gegenwärtigen politischen Lage zur Nothwendigkeit wird. Sie wissen, daß das Pauschquantum, als es bewilligt wurde, von allen Seiten für unauskömmlich erachtet wurde, daß eine definitive Verstärkung nothwendig war, wurde von keiner Seite bezweifelt. Wir fordern nun im Ganzen ca. 19 Millionen mehr, eine Summe, von der man glauben müßte, daß sie wegen ihrer Geringfügigkeit überraschen und mit außerordentlichem Beifall begrüßt werden würde. Denn wir haben hier aussprechen gehört, daß man auf eine Gesammtsumme von 130 Millionen gefaßt war, während wir thatsächlich nur 119—120 Millionen jährlich verlangen. (Beifall.) Es wurde hervorgehoben: alle diese Summen für die Armee seien unproduktiv. Freilich kann die Armee als solche nicht direkt produktiv sein. Indeß weise ich nur darauf hin, daß neuerdings ein wissenschaftliches Werk erschienen ist, welches nachweist, daß die Dienstpflicht im Heere ein außerordentlich großes Kapital von Arbeit entwickelt, indem sie zu Pünktlichkeit, Gehorsam, Ordnungsliebe und zur Arbeit erzieht. (Heiterkeit.) Es ist richtig, die Armee kostet Geld, sehr viel Geld; aber wenn die Armee gut ist, wenn sie kriegstüchtig und schlagfertig in jedem Augenblicke ihren Dienst versehen kann, dann ist sie mit all ihren Kosten immer noch billig, während jede schlechte Armee auch mit geringen Kosten stets zu theuer ist. In dergleichen Dingen können am besten Zahlen sprechen. Frankreich hat im Jahre 1868 für seine Armee ausgegeben 92 Millionen Thaler, 1874 aber 124 Millionen Thaler, also eine Differenz von über 31 Millionen oder 34 Prozent. Und zwar dies Alles im Ordinarium. Die Heeresausgabe Oesterreichs stieg in denselben Jahren von 50 auf 67 Millionen; die Rußlands von 112 auf 144 Millionen und die letztere wird in den nächsten drei Jahren noch steigen auf 148 Millionen; die Italiens von 38 auf 44 Millionen, das sind 16 Prozent, die Englands beläuft sich stetig auf 105 Millionen. Deutschlands Heereskosten stiegen in demselben Zeitraum von 90 auf 95 auf 109 Millionen, also im Ganzen um 19 Mill. oder 20 Proz. Nach diesen Zahlenangaben werden Sie sich überzeugen, daß wir im Hinblick auf die anderen Großmächte noch billig wirthschaften, und in jedem Falle kein Geld vergeuden. (Sehr wahr! rechts.) Hierzu aber kommt noch das Budget der Marine. Diese hinzugerechnet stellen sich die Zahlen folgendermaßen: Frankreich und Rußland 165 Mill. Thaler, Deutschland aber nur 118 Millionen. Das spricht jedenfalls dafür, daß die relative Belastung Deutschlands für das Heer keine gar so große ist. Diese Präsenzziffer ist wiederholt als zu hoch bezeichnet worden; das ist sie in der That nicht. Die allgemeine Wehrpflicht und die dreijährige Dienstzeit beruhen auf der Verfassung. Die Majorität dieses Hauses glaubt mit den verbündeten Regierungen, daß die Cadres zu Recht bestehn; endlich setzt der Mobilmachungsplan in § 61 die Stärke der Kriegsarmee fest. Wollten Sie diesen 3 Gesetzen volle Rechnung tragen, so würden Sie bei dreijähriger Dienstzeit nothwendig 190 Rekruten mehr in das Cadre einstellen müssen, was eine Erhöhnng der Armee von 401 Tausend auf 434 Tausend Mann zur Folge hätte. Die Zahl von 401,000 Mann, ist wie bekannt 1 Proz. der Bevölkerung von 1867. Schon jetzt ist eine Herabminderung eingetreten, in 5 Jahren würde die Präsenzziffer um 30,000, in 25 Jahren um 100,000 Mann heruntergemindert sein. Die Regierungen haben aber geglaubt, mit der Zahl von 401,000 Mann fertig werden zu können und eine Vermehrung der Armee nicht vorschlagen zu sollen mit Rücksicht auf andere Verhältnisse. Sie wissen, daß eine große Zahl Beurlaubungen stets eingetreten sind, unter dem Druck des Pauschquantums sogar bis zu ⅔ des Jahrganges; mit diesen ⅔ glaubt aber die Regierung die Schlagfertigkeit des Heeres nicht weiter aufrecht erhalten zu können. Die Lage der Dinge ist eine derartige, daß eine Veränderung der Armee zum Uebel, sei es in Stärke oder Qualität, nicht angezeigt ist. Der Gedanke, in späteren Zeiten eine andere Organisation zu treffen, durch Verminderung der Dienstzeit oder Kopfzahl, geht von der Meinung aus, daß eine Friedensära eintreten werde, die dazu berechtigt. Eine solche kann allerdings ex post erkannt werden, sie pro futuro zu erkennen, ist aber Niemandem gegeben. Seit 1813 mußte sich Preußen 1848, 49, 50, 56, 58, 64, 66, 70 zum Kriege rüsten. Viermal ist es zum Kriege gekommen, die anderen Male nicht. Nun ist aber unsere Armee nicht in der Lage, wie andere Armeen, die auf dem Werbesystem beruhen, sich zeitweise zu verstärken oder zu vermindern; jede Jahreseinstellung und Entlassung bedingten 1/12 der Stärke und Tüchtigkeit der Armee. Wer will heut entscheiden, ob die Mannschaft, die wir heut eingestellt haben, über 12 Jahre aus der Landwehr ausscheidet, oder vor dem Feinde steht? Es ist ein alter Spruch: Keine Nation soll die Lehre der Geschichte ignoriren, und da erinnere ich Sie nur an die eigenen, vaterländischen Quellen, daß in den Revolutionskriegen Preußen 4 Mal im Felde stand, 3 Mal im Kampf für seine Unabhängigkeit, Oesterreich 4 Mal, Rußland 3 Mal, Spanien hat die Waffen nicht niedergelegt, ebenso wenig wie England. Das waren schwache Völker und dennoch war es ihnen möglich, immer und immer wieder aufzustehen, um ihre Freiheit zu vertheidigen. Glauben Sie denn, daß Frankreich mit seinen 37½ Millionen Einwohnern nach dem ersten Kriege sich niederwerfen lassen werde, daß es nicht zum zweiten und zum dritten Kriege schreiten werde? Und wenn es dann zu schwach ist, so wird das Wort des Herrn Reichensperger zutreffen, die Koalitionen sind gefährlich. Das deutsche Reich ist ein großes, starkes und in der Einigung ernsthaft begriffenes Reich, aber es ist nicht alt, nicht geeint und nicht stark genug, um schon eine Niederlage zu ertragen; wir dürfen nicht anders rechnen, als mit Siegen. Und wollen wir eine siegreiche Armee haben, dann dürfen wir nicht feilschen mit Mitteln und Mannschaften. Gestatten Sie mir, meine Herren, Ihnen die Stärkezahlen der Operationsarmeen fremder Staaten anzuführen, die nicht etwa nur auf dem Papier stehen, sondern aus offiziellen Quellen geschöpft sind. Die Operationsarmee Frankreichs besteht, wenn Sie die Hälfte der Gensdarmen und die algerischen Truppen mit einrechnen, aus 712,000 Mann, Rußlands aus 942,000 Mann. Frankreich hat 2560 Geschütze, Rußland 2512; Oesterreich hat 548,000 Mann und 1456 Geschütze. Deutschland hat 568,000 Mann und 1800 (?) Geschütze. Unsere Armee muß an Tüchtigkeit ersetzen, was ihr an Zahl mangelt, und diese Tüchtigkeit besteht in der Schnelligkeit, mit der sie operirt, in der guten Führung, der guten Bewaffnung, Ausrüstung und Ausbildung des einzelnen Mannes. Von diesen sämmtlichen Dingen können wir als ausschließliches Eigenthum nur betrachten die Führung und innere Ausbildung, wenn wir nicht versäumen, vorwärts zu schreiten. Das andere ist nicht unser Monopol, die anderen Armeen ahmen unsere Institutionen nach. Gestatten Sie noch, Ihnen vorzuführen, wie sich unsere Bataillone für den Fall des Krieges formiren bei zweijähriger, bei der jetzigen und bei fünfjähriger Dienstzeit. Es besteht das Kadre bei zweijähriger Dienstzeit aus 464 Mann, die 6 Monate bis 1½ Jahr dienen und aus 478 Mann, die nur zweijährige Dienstzeit haben. Bei den jetzigen Verhältnissen kommen wir zu Kadres mit 492 Mann, welche 6 Monat bis 2½ Jahre dienen und nur 450 dreijährigen, wogegen wir bei fünfjähriger Dienstzeit 475 Mann mit 4¾ jähriger, 320 Mann mit fünfjähriger und 113 Mann mit sechsmonatlicher Dienstzeit erhalten. Wo liegt da die Tüchtigkeit und Schlagfertigkeit? Wir fordern nicht mehr Dienstzeit, als womit wir a priori auskommen zu können glauben; wir können aber nicht zugeben, daß diejenigen, welche nur 2 Jahr wollen und die hier eine sehr erklärliche Diskretion üben, mit ihrer Ansicht durchdringen. Ich schließe mit dem Ausspruch: Wir brauchen eine starke Armee, um eine starke und kräftige Politik zu treiben, wir brauchen eine gefürchtete Armee, um den Frieden zu erhalten. Das können wir nicht erreichen, wenn wir alljährlich die Armee in ihrem Bestand in Frage stellen. Deshalb bitte ich, die beiden oben bezeichneten Amendements ablehnen zu wollen. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

(Schluß folgt.)

Wir nehmen vorweg die Mittheilung hier auf, daß § 1 der Militärvorlage und das Amendement von **Bennigsen** mit 224 gegen 146 Stimmen (des Zentrums, der Polen und der Mehrheit der Fortschrittspartei) angenommen wurde. Vorher waren alle anderen Anträge abgelehnt worden. Der Antrag **Hasenclever** fiel mit allen gegen die Stimmen der drei Antragsteller; der Antrag **Mallinckrodt** mit 256 von 372 gegen 114 (dafür Zentrum, Polen, ein Theil der Sozialdemokraten).

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 14. April.

— Der Oberst **Berger**, bisher von der Armee und Direktor der Ober=Militär=Examinations=Kommission, ist unter Entbindung von diesem Verhältniß zum Kommandeur des 4. pos. Inf.=Reg. Nr. 59, der bisherige Kommandeur des vorgenannten Regiments, Oberst **von Ditfurth**, zum Kommandeur des Kadettenhauses von Berlin ernannt worden. Der Oberst von **Witten**, aggregirt dem 1. pos. Inf.=Reg. Nr. 18 und kommandirt zur Wahrnehmung der Stelle als Bezirks=Kommandeur des Reserve=Landwehr=Bataillons (Berlin) Nr. 35, welcher sich zur Wiederherstellung seiner Gesundheit mit längerem Urlaub nach der Schweiz ꝛc. begeben hatte, ist hierher zurückgekehrt und hat seine dienstlichen Geschäfte wieder übernommen.

— Der neuernannte türkische Botschafter **Aristarchi=Bey** trifft umfassende Repräsentationsanstalten. Derselbe hat, der „Krzztg." zufolge, das Haus des Grafen Pourtales am Königsplatz gekauft und wird an den Abenden des nächsten Freitag und Sonnabend die hiesige Gesellschaft empfangen. Große Uniform ist bei solchen Vorstellungen vorgeschrieben.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 15. April.

— Als Zeuge in dem heut beginnenden Prozeß gegen den Erzbischof **Ledóchowski**, welcher sich der „Germ." zufolge „sehr wohl befindet", ist der Kaplan des Erzbischofs Dr. **Meszczyński** vor den Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten geladen worden und auch bereits in Berlin eingetroffen. Präsident v. **Forckenbeck** hat sich während der Reichstagssession von seiner Funktion als Mitglied des Gerichtshofes für die kirchlichen Angelegenheiten dispensiren lassen.

r. **Die Warthe** hatte Montag Nachmittags den Stand von 9 Fuß 7 Zoll erreicht, und ist seitdem um einen Zoll gefallen. Da von Neustadt a. W. abnehmender Wasserstand gemeldet wird, so ist bei trockener Witterung auch hier ein weiteres Fallen des Wassers zu erwarten. Die Eichwaldstraße wurde Montag Nachmittags von hier aus vor dem Viktoriapark bereits überfluthet, und ebenso war ziemlich nahe der Eichwaldthore die Straße nur noch auf einer Seite passirbar. Auf den überschwemmten Wiesen wurde bei der schönen Witterung zum Vergnügen mit Kähnen gefahren, sowie mit großen Netzen gefischt.

r. **Ein Spiritusfaß** lief am Montage in der Breitenstraße aus, indem zwei Landfuhrwerke, auf deren einem sich mehrere Spiritusfässer befanden, an der engsten Stelle der Straße, nahe dem Alten Markt, hart an einander geriethen, und dadurch der Boden des einen Fasses eingestoßen wurde. Sofort war eine Anzahl Personen mit Kannen und Töpfen da, um den in den Rinnstein geflossenen Spiritus auszuschöpfen. Das hatte nun allerdings den Vortheil, daß der Rinnstein gründlich gereinigt wurde, doch auf der anderen Seite wieder den Nachtheil, daß man noch mehrere Stunden nachher Betrunkene in der Umgegend umhertaumeln sah.

— **Polizeibericht.** Gefunden: eine Alpacka=Tunika, ein Portemonnaie mit Inhalt, ein Regenschirm und ein Tischmesser. Verloren: eine Brille mit goldener Einfassung und altem Futteral, eine ovale goldene Kapsel und ein großer goldener Ring mit echtem Stein.

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Konkurs Quistorp.** In der Quistorp'schen Konkursmasse ist zur Verhandlung und Beschlußfassung über einen **Akkord** Termin auf Mittwoch, den 15. d., Vormittags 9 Uhr in dem Lokale des Charlottenburger Kreisgerichts anberaumt worden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen

Angekommene Fremde vom 15 April.

HOTEL DE PARIS Die Kaufleute Schwarz aus Sonnenburg, Tauber aus Berlin, Glasch aus Trzemeszno, Lange und Lewisohn aus Breslau, Sawinski aus Goslin, Baumeister Bukowski aus Miloslaw, die Gutsbesitzer Skorzewski aus Wlosciborze, Konkiel aus Sielce und Schultz aus Behrendswalde.

STERN'S HOTEL DE l'EUROPE. Fabrikant Homer a. Berlin, die Rittergutsbesitzer Gromadzinski aus Gonsawa, Karsnowski aus Kolaczkowo, die Kaufleute Kirchner aus Stettin, Haak aus Thorn u. Neef aus Leipzig, Inspektor Freitag aus Stuttgart, Großhändler Levy aus Warschau, Bauführer Schwarzmann aus Berlin, Gutsbesitzer Michalowski aus Rogasen, Gutspächter Pągowski aus Goluchowo.

BUCKOW's HOTEL DE ROME Die Kaufleute Durra, Liebert, Schwechten, Wottrich, Lewy und Speyer aus Berlin, Brinkmann aus Bremen, Klinkauf aus Brotterode, Landwirth v. Hülst aus Culmsee, Lehrerin Frau Galler aus Klecko, Student Bohlmann aus Breslau, Direktor Dr. Wolff aus Berlin, Rittergutsbesitzer v. Kraszkowski und Frau aus Krosna.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Rittergutsb. Schemann aus Gr.=Slupia, Frau Wandelt u. Fam. aus Sendzin, Student aus Albrechtshof, Kaskel u. Fam. aus Trzeleino, Major im Generalstabe v. Gleich aus Stuttgart, Kaufmann Szamotulski u. Fam. und Posthalter Weiß aus Pinne, die Kaufleute Schallhorn, Janda, Spirgel u. Meidner aus Breslau, Meißner, Malachowski, Rosenbaum u. Frau Holz aus Berlin, Landsberger aus Glogau, Weise a. Frankfurt a. O., Hagener aus Hückemogen, Beetz aus Leipzig, Inspektor Abraham aus Berlin, Frau Oberamtmann Hildebrand aus Sliwno.

KEILER'S HOTEL. Rabbiner Dr. Holländer aus Wreschen, die Kaufleute Pleßner aus Berlin, Hirschfeld aus Danzig, Antoskewitsch aus Gnesen, Uhry aus Weize, Israel und Schematulski aus Pinne, Rieß aus Pudewitz, Viehhändler Klakow aus Goschterhauland.

HOTEL DE BERLIN. Die Rittergutsbesitzer Dütschke jun. aus Rombczyn, v. Kropinski aus Slomczyce, Hautz aus Kolatka, v. Oppen aus Kurtzig, Gutsbesitzer Koennecke aus Sarben, Rentier Solnicki u. Fam. aus Bromberg, Rentiere Frau Estkowska u. Tochter a. Jaksice, Doktor Schleusener jun. u. Frau Apotheker Schleusener aus Danzig, Janicki aus Micoschewo, Frl. Guigot aus Bentschen, Rendant Bölling aus Tarnowo, die Kaufleute Unruh aus Danzig, Ziegel aus Wongrowitz, Soszinski aus Gnesen, Lübben aus Frankfurt a. M., Jaffe aus Guben, Hermsdorff aus Berlin, Arnheim aus Hirschberg.

…egraphische Börsenberichte.

Breslau, 14. April, Nachmittags. Getreidemarkt. Spiritus pr. 100 Liter 100 pCt. pr. April-Mai 22⅝, pr. Juni-Juli 23¼, pr. August-September 23 7/12. Weizen pr. April-Mai 86. Roggen pr. April-Mai 61½, pr. Juli-August 59½, pr. September-Oktober 57. Rüböl pr. April-Mai 18¼, pr. Mai-Juni 18 5/12, pr. September-Oktober 20.

Hamburg, 14. April, Nachmittags. (Getreidemarkt.) Weizen loko fest, auf Termine besser. Roggen loko ruhig, auf Termine besser. Weizen pr. 216-pfd. pr. April pr. 1000 Kilo netto 260 B., 259 G., pr. Mai-Juni pr. 1000 Kilo netto 260 B., 259 G., pr. Juni-Juli pr. 1000 Kilo netto 258 B., 257 G., pr. Juli-August pr. 1000 Kilo netto 257 B., 256 G. Roggen pr. April 1000 Kilo netto 189 B., 188 G., pr. Mai-Juni 1000 Kilo netto 188 B., 187 G., pr. Juni-Juli 1000 Kilo netto 186 B., 185 G., pr. Juli-August 1000 Kilo netto 185 B., 184 G. Hafer fest. Gerste still. Rüböl still, loko 58½, pr. Mai 58, pr. Oktober 200 Pfd. 61. Spiritus ruhig, pr. April-Mai 54½, pr. Mai-Juni 55, pr. Juli-August 56, pr. August-September pr. 100 Liter 100 pCt. 57½. Kaffee fest; Umsatz 4000 Sack. Petroleum ruhig, Standard white loko 13, 00 B., 12, 90 G., pr. April 12, 90 G., pr. August-Dezember 14, 65 G. — Wetter: Trübe.

Köln, 14. April, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Wetter: Bewölkt. Weizen fest, hiesiger loko 9, 15, fremder 9, 7½, pr. Mai 9, 4, pr. Juli 8, 26½, pr. November 7, 28½. Roggen unverändert, fremder loko 6, 25, pr. Mai 6, 6½, pr. Juli 5, 28½, pr. November 5, 17. Rüböl belebt, loko 10 9/20, pr. Mai 10½, pr. Oktober 10 10/20.

Liverpool, 14. April, Nachmittags. Baumwolle (Schlußbericht): Umsatz 15,000 Ballen, davon für Spekulation und Export 3000 Ballen. Fest, Surats stetig.

Middling Orleans 8 9/16, middling amerik. 8 7/16, fair Dhollerah 5½, middling fair Dhollerah 5⅛, good middling Dhollerah 4¾, middling Dhollerah 4⅜, fair Bengal 4⅜, fair Broach 5½, New fair Domra 5¾, good fair Domra 6⅛, fair Madras 5¼, fair Pernam 8⅜, fair Smyrna 6⅜, fair Egyptian 8¼.

Upland nicht unter good ordinary Juni-Lieferung 8¼, Mai-Juni-Lieferung 8 5/16, desgl. nicht unter low middling Mai-Juni-Verschiffung 8½ d.

Manchester, 14. April, Nachmittags. 12r Water Armitage 8½. 12r Water Taylor 10. 20r Water Micholls 12. 30r Water Gidlow 13. 30r Water Clayton 13½. 40r Mule Mayoll 12⅝. 40r Medio Wilkinson 14¼. 36r Warpcop Qualität Rowland 13½. 40r Double Weston 14¼. 60r Double Weston 16½. Printers 45/16 22/50 8 pfd. 117. Gutes Geschäft, Preise anziehend.

Amsterdam, 14. April, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. (Getreide-Markt) Schlußbericht. Weizen pr. Mai 337. Roggen pr. Mai 225, pr. Juli 215.

Paris, 14. April, Nachmittags. Produktenmarkt. Weizen ruhi, pr. April 37, 50, pr. Juli-August 35, 25. Mehl fest, pr. April 77, 25, pr. Mai-Juni 77, 50, pr. Juli-August 75. 75. Rüböl ruhig, pr. April 81, 75, pr. Mai-August 83, 50, pr. September-Dezember 86, 00. Spiritus ruhig, pr. April 65, 00. — Wetter: Bedeckt.

Berlin, 14. April. Wind: O. Barometer 28 3. Thermometer + 12°. Witterung: Bedeckt.

Im Vergleich zu gestern war der heutige Markt für Roggen von Hause aus matt, doch erst, nachdem die Verkäufer die anfängliche Zurückhaltung aufgegeben und sich den schlechteren Geboten gefügt, kam es zu einigem Umsatz auf Termine. Waare ist ziemlich gut verkäuflich; das Angebot loko war heute nicht groß. Eigner erzielten daher feste Preise. Gekündigt 1800 Ctr. Kündigungspreis 62½ Rt. per 1000 Kilogr. — Roggenmehl Anfangs billiger angeboten, schließt bei besserer Kauflust recht fest. Gekündigt 800 Ctr. Kündigungspreis 9 Rt. 4½ Sgr. pr. 100 Kilogr. — Weizen bei überwiegender Kauflust anfänglich wieder etwas besser bezahlt ermattete später sichtlich und schließt kaum so hoch wie gestern. Gekündigt 27,000 Ctr. Kündigungspreis 87½ Rt. — Hafer loko fest, Termine neuerdings etwas höher. — Rüböl in beschränktem Verkehr bei matter Haltung. Gekündigt 200 Ctr. Kündigungspreis 18⅝ Rt. per 100 Kilogr. — Spiritus ziemlich fest, doch wenig belebt.

Weizen loko pro 1000 Kilgr. 73—90 Rt. nach Qual. gef., gelber 83—87 ab Bahn bz., per diesen Monat —, April-Mai 87¼—⅛—87 bz., neue Usance 86½—¾—¼ bz., Mai-Juni 87 · 87⅜—87 bz., Juni-Juli 87¼—⅝—87 bz., Juli-August 86—86⅛—85⅞ bz., Septbr.-Okt. 82½—81⅞ bz. — Roggen loko per 1000 Kilgr. 57—67 Rt. nach Qual. gef., russ… 58½—59½, beff. do. 60—61, inländ. 63-67, geringer 57-58 ab Bahn, per diesen Monat —, Frühjahr 62⅝—¾—⅝ bz., Mai-Juni 61½—⅝—… Juni-Juli 61—61½—60⅞ bz., Juli-August 59 bz., Sept.-Oktbr. 57⅞—87⅞ bz. — Gerste loko per 1000 Kilgr. 53—75 Rt. nach Qual. — Hafer loko per 1000 Kilgr. 52-65 Rt. nach Qual. gef., böhm. —65, ost- u. westpreuß. 57—64, pomm. und uckerm. 60—65 ab Bahn, per diesen Monat —, Frühjahr 63—62⅞ bz., Mai-Juni 61⅞-62—61⅞, Juni-Juli 61¼—⅜—¼ bz., Juli-August 58—57⅞ bz., Septbr.-Oktbr. … bz. — Erbsen per 1000 Kilgr. Kochwaare 62-67 Rt. nach Qual., Futterwaare 55—61 Rt. nach Qual. — Raps per 1000 Kilgr. —. Rüb… Winter- —. — Leinöl loko 100 Kilgr. inkl. Faß 23½ Rt. — Rüb… per 100 Kilgr. loko ohne Faß 18 Rt. bz., per diesen Monat —, April-Mai 18⅝—⅝ bz., Mai-Juni 18⅝—⅝ bz., Juni-Juli 19½ bz., Septbr.-… 20 7/12—13/24 bz., Oktbr.-Nov. 20 11/24 Rt. — Petroleum raffin. (Standard white) per 100 Kilgr. mit Faß loko 10 Rt. bz., per diesen Monat 9½ Rt. B., April-Mai 9½ B., Septbr.-Oktbr. 10½ bz. — Spiritus per 100 Liter a 100 pCt. = 10,000 pCt. loko ohne Faß 22 Rt. 10 Sgr. bz., per diesen Monat —, loko mit Faß —, per diesen Monat April-Mai 22 Rt. 21-23 Sgr. bz., Mai-Juni 22 Rt. 22—24 Sgr. bz., Juni-Juli 23 Rt. 3—5—4 Sgr. bz., Juli-August 23 Rt. 13—14 Sgr. bz., August-Septbr. do., Sept.-Okt. 22 Rt. 13 16—15 Sgr. bz. Mehl. Weizenmehl Nr. 0 11⅝—11, Nr. 0 u. 1 10⅝—10 Rt., Roggenmehl Nr. 0 9⅝—9½ Rt., Nr. 0 u. 1 9—8½ Rt. per 100 Kilgr. Brutto unverst. inkl. Sack — Roggenmehl Nr. 0 u. 1 per 100 Kilgr. Brutto unverst. inkl. Sack per diesen Monat —, April-Mai 9 Rt. 3—4½ Sgr. bz., Mai-Juni do., Juni-Juli do., Juli-August 9 Rt. 2—2½ Sgr. bz., Sept.-Oktbr. 8 Rt. 27—28 Sgr. bz. (B. u. H.-Z.)

Meteorologische Beobachtungen zu Posen.

Datum.	Stunde	Barometer 2c	Therm.	Wind.	Wolkenform
14. April	Nachm. 2	27" 4''' 78	+ 14°9	O 3	trübe. St
14. "	Abends 10	27" 5''' 44	+ 8°4	NO 3-4	bedeckt, regen
15 "	Morgs. 6	27" 5''' 53	+ 7°0	O 3 4	bedeckt, schw

Breslau, 14. April.

Freiburger 103½. do. junge —. Oberschlesische 160. R.-Oder-Ufer-St.-A. 121¾. do. do. Prioritäten 120½. Franzosen 186 Lombarden 86 Italiener —. Silberrente 66½ Rumänier 43. Breslauer Diskontobank 78½. do. Wechslerbank 68¾. Schles. Bankv. 106 Kreditaktien 117½ Laurahütte 153 Oberschles. Eisenbahnbed. —. Oesterreich. Banknoten 90. Russ. Banknoten 93⅞. Bresl. Maklerbank 80 do. Makl.-V.-Bk. 92½ Prov.-Maklerb. 82 Schles. Vereinsbank 90⅞. Ostdeutsche Bank —. Bresl. Prov.-Wechslerb. 58.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 14. April, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Schiff'sche Bank 204½, Dortmunder Union 55¾.

Fest, aber still. Franzosen gedrückt, Bahnen meist niedriger, Banken fest, besonders Effektenbank Hahn und Nationalbank-Aktien.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 204½, Franzosen 324, Lombarden 151.

[Schlußkurse.] Londoner Wechsel 118½. Pariser Wechsel 94½. Wiener Wechsel 105½. Franzosen 325. Böhm. Westbahn 217¾. Lombarden 150. Galizier 257½. Elisabethbahn 203 Nordwestbahn 188½. Kreditaktien 205½. Russ. Bodenkredit 86⅞. Russen 1872 96⅞. Silberrente 66⅞. Papierrente 62⅞. 1860er Loose 95¼. 1864er Loose 159½. Amerikaner de 82 98½. Deutsch-österreich. 84¼. Berliner Bankverein 79½. Frankfurter Bankverein 79⅛ do. Wechslerbank 78 Nationalbank 1005. Hahn'sche Effektenbank 114½. Kontinental 89⅞.

Frankfurt a. M., 14. April, Nachmitt [Effekten-Sozietät.] Kreditaktien 204½. Franzosen 323½. Lombarden 150½. Bankaktien 1000. Hahn'sche Effektenbank lebhaft, 114¾ a 114⅞. Meininger 103½. Deutsch-österreich. Bank 84⅜. Geschäftslos, Lombarden fest.

Wien, 14. April. Börse schloß auf allen Gebieten matt.

[Schlußkurse.] Papierrente 69, 20. Silberrente 73, 85. 1854er Loose 98, 00. Bankaktien 957, 00. Nordbahn 2045, 00. Kreditaktien 196, 25. Franzosen 311, 50. Galizier 249, 00. Nordwestbahn 182, 50. do. Lit. B. 97, 00. London 111, 70. Paris 44, 30. Frankfurt 94, 20. Böhm. Westbahn —, —. Kreditloose 159, 00 1860er Loose 103, 70 Lombard. Eisenbahn 148, 50. 1864er Loose 138, 50. Unionbank 101, 00. Austro-türkische —, —. Napoleons 8, 92. Elisabethbahn 195, 00. Preußische Banknoten 1, 66¼.

London, 14. April, Nachmittags 4 Uhr. Aus der Bank flossen heute 8000 Pfd. Sterl. Fest.

6proz. ungar. Schatzbonds 2½ Prämie.

Konsols 92 13/16. Italienische 5prozent. Rente 63¼. Lombarden 13⅞. 5proz. Russen de 1871 98½. 5proz. Russen de 1872 98 Silber 58½. Türk. Anleihe de 1865 41⅝. 6proz. Türken de 1869 50½. 9proz. Türken Bonds —. 6proz. Vereinigt. St. pr. 1882 106⅞. Oesterreich. Silberrente 66½. Oesterreich. Papierrente 63.

Wechselnotirungen: Berlin 6, 25½. Hamburg 3 Monat 20, 54. Frankfurt a. M. 119¾. Wien 11, 47. Paris 25, 55. Petersburg …

Paris, 15. April, Nachmittags 12 Uhr 40 Minuten. 3proz. R… 59, 82½. Anleihe de 1872 95, 27½. Italiener 63, 57½. Franzosen 697, … Lombarden 332, 50. Türken 41, 77.

Die über ein Scheitern der finanziellen Unterhandlungen S… Pascha's verbreiteten Gerüchte sind, wie von unterrichteter Seite … sichert wird, unbegründet.

Paris, 14. April, Nachmittags 3 Uhr. Ruhig.

[Schlußkurse.] 3prozent. Rente 59, 65. Anleihe de 1871 —. Anleihe de 1872 95, 30. Ital. 5proz. Rente 63, 45 Italien. Tabaksaktien —, —. Franzosen (gestemp.) 695, 00. do. neue —. Oe… Nordwestbahn —, —. Lombard. Eisenbahnaktien 332, 50. Lomb. Prioritäten 249, 00. Türken de 1865 41, 85. Türken de 1869 256… Türkenloose 100, 00. Goldagio —.

Newyork, 13. April, Abends 6 Uhr. (Schlußkurse.) Höchste Notirungen des Goldagios 13¾, niedrigste 13⅝. Wechsel auf London Gold 4 D. 85 C. Goldagio 13⅞. 5/20 Bonds de 1885 120⅞. do. neue 5% fundirte 115⅞. Bonds de 1887 120⅛. Erie-Bahn 37⅜. Central Pacific 95¼ Baumwolle in New-York 17. Baumwolle in New-Orleans 16⅝. Mehl 6 D. 75 C. Raffin. Petroleum in Newyork 15¼. do. Philadelphia 15¼. Kaffee 20⅞. Zucker (Fair refining Muscovados) … Getreidefracht 10.

Der Dampfer des norddeutschen Lloyd „Rhein" ist gestern Nachmittag 3 Uhr hier eingetroffen.

Berlin, 14. April. Der gestrigen Haussseströmung gegenüber machte sich heute eine reaktive Bewegung auf dem gesammten spekulativem Gebiet geltend, die einerseits in der im Allgemeinen herrschenden Mißstimmung und Lustlosigkeit, andererseits in den ungünstigen auswärtigen Notirungen ihren Grund hatten. Namentlich war das Angebot für die österreichischen Spekulationspapiere stark überwiegend, aber auch Montanwerthe und spekulative Bankdevisen mußten mehrfach Kurseinbußen erleiden. Die geschäftliche Thätigkeit kam über enge Grenzen nicht hinaus, Cassawerthe blieben durchschnittlich geschäftsstill, dagegen wurden die gewöhnlich mit Vorliebe gehandelten Haupt-Spekulationsdevisen in verhältnißmäßig großen Beträgen umgesetzt.

Auf internationalem Gebiet fanden in Kreditaktien die umfangreichsten Abschlüsse auf gegen gestrige Schlußnotiz um ca. 2 Thlr. b… abgesetztem Niveau statt. Franzosen waren etwas matter bei ruhig… Verkehr, Lombarden halten zu behaupteten Kursen ziemlich gute U… sätze für sich.

Die fremden Fonds verkehrten in zumeist fester Halung ruhig; lebter waren österreichische Renten zu festen Kursen.

Fonds- u. Actienbörse.

Berlin, den 14. April 1874.

Deutsche Fonds.

Konsolidirte Anl.	4½	106 bz G
Freiwillige Anleihe	4½	— —
Staats-Anleihe	4½	101⅛ bz
do. do.	4	99 G
Staatsschuldscheine	3½	92¼ bz
Präm.St.Anl 1855	3½	123¼ bz
Kurh. 40 Thlr. Obl.	—	71½ bz G
Kur-u.Neum.Schld	3½	92¼ bz
Oderdeichbau-Obl.	4½	100⅞ bz
Berl. Stadt-Obl.	5	103½ bz
do. do.	4½	103 bz G
do. do	3½	90 G
Berl. Börsen-Obl.	5	103¼ G
Pfandbriefe: Berliner	4½	101⅛ bz
do.	5	105⅝ B
Kur- u. Neum.	3½	85 bz
do. do.	4	95¼ bz G
do. neue	4½	103⅛ G
Ostpreußische	3½	86⅞ G
do. do.	4	97½ bz
do. do.	4½	102⅞ bz
do. do.	5	— —
Pommersche	3½	85⅞ bz G
do. neue	4	95¼ G
Posensche neu	4	94¼ bz
Schlesische	3½	83⅞ bz
Westpreußische	3½	84⅜ bz
do. do.	4	96 bz
do. Neulandsch	4	— —
do. do.	4½	102 bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neum.	4	98¼ bz G
Pommersche	4	98⅝ bz G
Posensche	4	97 G
Preußische	4	97¾ G
Rhein-Westf.	4	99½ bz
Sächsische	4	97¾ B
Schlesische	4	97⅞ bz
Prß.Bd.Cred.-Hyp-Br unkündb.1.u.II.	5	100⅜ bz G
Pomm.-Hyp.Pr Br.	5	102 bz
Rhein. Prov.-Obl.	4½	102 bz
Anhalt. Rentenbr.	4	95¾ G
Meininger Loose	—	4½ etw bz B
Mein Hyp.Pfd.Br.	4	99¾ B
Hamb.Pr.A.v.1866	3	53½ B
Oldenburger Loose	3	40⅝ etw bz B
Bad.St.Anl.v.1866	4½	101 B
do.Eisb.-Pr.-A.v.67	4	112¾ bz
Neuebad.35fl.Loose	—	40 B
Badische St.-Anl.	4½	104½ G
Bair. Pr.-Anleihe	4	114 bz B
Braunschw. Präm.-Anl. a 20 Thlr.	—	22⅞ B
Dess.St.-Präm.-A	3½	107½ G
Lübecker do.	3½	53⅜ G
[illegible]	3½	56½ bz kl. —
Köln-Mind. Pr.-A.	3½	96¾ bz

Ausländische Fonds

Amer. Anl. 1881	6	103⅞ bz G
do. do 1882 gek.	6	97½ bz G
do. do. 1885	6	102⅞ etw bz B
Newyork.Stadtanl.	7	94⅞ B
do. Goldanleihe	6	95½ bz
Finn. 10 Thlr Loose	—	10½ bz G
Italienische Anl.	5	62⅞ bz
do. Tabaks-Obl.	6	96½ bz
do. do. Act. 70%	6	642 bz
Oester. Pap.-Rente	4½	62⅜ bz
do. Silberrente	4½	66½ etw bz B
do. 250fl Pr.Obl	4	95 etw bz B
do. 100fl. Kred L.	—	105⅞ bz
do. Loose 1860	5	95½ G
do. Pr.-Sch.1864	—	90¾ bz G
do. Bodenkr.-C.	5	85 G
Poln. Schatz-Obl	4	83½ B
do. Cert. A 300fl.	5	94 G
do. Pfdbr. III.Em.	4	80½ G
do. Part. O. 500fl	4	107 G
do Liqu.-Pfandbr.	4	67⅜ bz
Raab-Grazer Loose	4	77¾ bz B
Franz. Anl. 71. 72.	5	— —
Bukar.20Frcs.Loose	—	— — [bz
Rumän. Anleihe	8	— — kl. 101¾
Russ.Bodenkr.-Pfd.	5	86½ bz B
do. Nicolai-Obl.	4	82½ G
Russ.-engl.Anl.v.62	5	99½ G
do. " "	3	70 G
do. " " v.70	5	100½ bz
do. " " v.7[illegible]	5	99⅜ bz
do. 5. Stiegl.Anl	5	83½ bz G
do. 6. " "	5	92½ bz G
do. Präm.-Anl.de64	5	144½ bz
do. " " 66	5	140 bz
Türk. Anleihe 1865	5	41 bz
do. do. 1869	6	— —
do. do. kleine	6	50⅝ bz G
do. Loose (vollg.)	3	102 etw bz B
Ungarische Loose	—	49 bz

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Anh. Landesbank	4	— —
Bk.f Sprit(Wrede)	5	57¼ bz G
Barmer Bankverein	5	77½ bz G
Berg.-Märk. Bank	4	79⅝ bz
Berliner Bank	4	72¾ bz G
do. Bankverein	5	80 bz G
do. Kassenverein	4	272 G
do. Handlesges.	4	117¾ bz
do. Wechslerbk	5	49½ bz G
Bresl. Discontobk	4	78¾ bz G
Bankf.Ldw.Kwilecki	5	70 bz G
Braunschw. Bank	4	119 etw bz B
Bremer Bank	4	117 B
Centralb.f.Hd.u.J.	5	70½ bz
Coburg. Kreditbank	4	71 G
Danziger Privatbk	4	117 B
Darmstädter Kred	4	142½ bz B
do. Zettelbank	4	105 B
Dessauer Kreditbk.	4	105 bz B
Berl.Depositenbank	5	94 bz G
Deutsche Unionsb.	4	77½ bz G
Disc.-Command.	4	146 bz G
Genf. Kredb i. Liq.	—	4½ G
Geraer Bank	4	116⅞ bz B
Gewb H. Schuster	4	57 bz G
GothaerPrivatbank	4	119 B
Hannoversche Bank	4	107⅞ bz G
Königsberger V.-B.	4	80 B
Leipziger Kreditbk.	4	144⅝ G
Luxemburger Bank	4	112½ bz G
Magdeb. Privatbk.	4	111½ B
Meininger Kreditb.	4	103⅜ bz G
Moldauer Landesb.	4	50 G
Norddeutsche Bank	4	135 G
Niederschl. Kassenv.	5	14 G
Ostdeutsche Bank	4	74¼ G
do. Produktenb.	4	22 bz B
Oesterr. Kreditbank	5	117¾-18-16¾ bz
Pomm. Ritterbank	4	—
Posener Prov.-Bk.	4	109½ B
do. Prov.-Wechs.B.	4	4 G
Preuß. Creditanst.	4	48½ bz G
do. Bankantheile	4½	197½ bz
do. Ctr.-Bd. 40%	5	118⅜ bz B
Rostocker Bank	4	116½ G
Sächsische Bank	4	143⅞ bz G
Schles. Bankverein	4	106⅜ G
Thüringer Bank	4	100¾ bz
Weimarische Bank	4	102 bz B
Prß.Hyp.Vers 25%	4	121¾ bz G

In- u. ausländische Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Mastricht	4½	91⅞ G
do. II. Em.	5	— —
do. III. Em.	5	— —
Bergisch-Märkische	4½	100⅞ G
do. II. Ser. (conv.)	4½	100⅞ G
III. Ser. 3½ v.St.g.	3½	84½ G
do. Lit. B.	3½	— —
do. IV. Ser.	4½	101½ bz G
do V. Ser.	4½	100½ bz G
do. VI. Ser.	4½	100½ bz
do. Düsseld.-Elb.	4	92½ G
do. II. Ser.	4½	— —
do.(Dortm.-Soest)	4	— —
do. II. Ser.	4½	— —
do. (Nordbahn)	5	103½ B
Berlin-Anhalt	4	— —
do. do.	4½	101¼ bz G
do. Lit. B.	4½	101¼ bz G
Berlin-Görlitzer	5	103¾ G
Berlin-Hamburg	4	84¾ G
do. II. Em.	4	94¾ G
Berl.-Potsd.-Mgd. Lit. A. u. B.	4	93½ G
do. Lit. C.	4	93½
Berl.-Stett. II.Em.	4	94 G
do. III. Em.	4	94 G
do.IV.S.v.St.g.	4½	101⅞ bz
do. VI. Ser. do.	4	94½ B
Bresl.-Schw.-Fr.	4½	100¾ B
Köln-Krefeld	4½	— —
Köln-Mind. I. Em.	4½	101½ bz G
do. II. Em.	5	103⅜ bz G
do. do.	4	94 G
do. III. Em.	4	94 G
Köln-Mind. do.	4½	100¾ G
do. IV. u. V. Em.	4	94⅛ bz
Halle-Sorau-Gub.	5	98 G
Märkisch-Posener	5	103½ G
Magdeb.-Halberst.	4½	101⅛ B
do. do. 1865	4½	101⅛ B
do. do.	5	—
do. Wittenb.	3	72⅝
Niederschl.-Märk.	4	96½ B
do.II.S. a62½ thlr.	4	96¾ G
do. c. I.u.II.Ser.	4	96½ G
do. con. III. Ser.	4	95 G
do. IV. Ser.	4½	— —
Niederschl. Zweigb.	5	81⅛ G
Oberschl.Lit.A.C.D	4	94 bz G
do. Lit. B. E.	3½	85⅝ B
do. Lit. F. G. H.	4½	101⅞ G
do. Em. v. 1869	5	103¼ bz B
Brieg-Neisse	4½	100 G
Kosel-Oderberg	4	95 G
do. III. Em.	4½	103¾ B
Oesterr.-Franz.-St.	3	307⅞ bz G
Oestr. südl. St.(Lb.)	3	247½ bz
do. Lomb. Bons	6	100⅞ G
do. do. de 1875	6	100½ G
do. do. de 1876	6	101 G
do. do. de1877/8	6	103 B
Ostpreuß. Südbahn	5	103¼ G
Rechte Oder-Ufer	5	102⅞ bz B
Rhein. Pr.-Oblig.	4	— —
do. v. Staate gar.	3½	— —
do.III.v. 1858u.60	4½	100¾ bz G
do. 1862, 64, 65	4½	100¼ bz G
Rhein-Nahev.St.g.	4½	102 G
do. II. Em.	4½	102 G
Schleswig	4½	99½ G
Stargard-Posen	4	93¼ G
do. II. Em.	4½	100⅞ G
do. III. Em.	4½	100¼ G
Thüringer I. Ser.	4	— —
do. II. Ser.	4½	— —
do. III. Ser.	4	— —
do. IV. u. V. Ser.	4½	100½ B
Galiz. Carl-Ludwb.	5	95⅞ bz
Lemberg Czernowitz	5	68⅞
do. II. Em.	5	79⅞ bz G
do. III. Em.	5	70¾ G
Rybinsk-Bologoyer	5	84¾ bz
Kaschau-Oderberg	5	78⅜ bz
Mähr. Grenzbahn	5	70⅜ bz
Ungar. Ostbahn	5	58⅞ B
do. Nordostbahn	5	65 15/16 bz
Oestr. Nordwestb.	5	87 etw bz B
Ostrau-Friedland	5	82 bz
Dux-Prag	5	54 bz B
Czarkow-Azow	5	98⅞ G
Jelez-Woron.	5	96¼ bz
Kozlow-Woron.	5	99¾ bz
Kursk-Charkow	5	98⅞ G
Kursk-Kiew	5	99½ bz G
Mosko-Rjäsan	5	100¾ B
Rjäsan-Kozlow	5	99½ G
Schuja-Ivanow	5	98⅞ bz G
Warschau-Terespol	5	96⅞ B
do. kleine	5	97½ B
Warschau-Wiener	5	98⅝ G
do. [illegible]	5	98¾

Eisenbahn-Aktien und Stamm-Prioritäten.

Aachen-Mastricht	4	35⅜ bz
Altona-Kieler	5	109½ bz
Amsterdam-Rotterd	4	102⅞ bz
Bergisch-Märkische	4	91½ bz
Berlin-Anhalt	4	145 bz B
Berlin-Görlitz	4	85¾ bz B
do. Stammpr.	5	103¼ bz G
Balt. russ. (gar.)	3	51¾ G
Brest-Kiew	5	49¾ bz
Breslau-Warsch.St	5	35 bz
Berlin-Hamburg	4	169½ bz
Berlin-Potsd.-Mg	4	103⅜ bz B
Berlin-Stettin	4	153 bz
Böhm. Westbahn	5	93¼ bz B
Brest-Grajewo	5	35½ bz B
Bresl.-Schw.-Frb.	4	103¼ bz G
Köln-Minden	4	124⅞-⅜ bz
do. Lit. B	5	108⅞ B
Crefeld Kr. Kempen	5	2½ bz
Galiz. Carl-Ludw.	5	110⅞-½er-⅝ bz
Halle-Sorau-Gub.	4	33¼ bz
do. Stammpr.	5	54 bz B
Hannover-Altenb.	5	33⅞ bz G
Löbau-Zittau	3½	88¼ G
Lüttich-Limburg	4	20⅛ bz
Ludwigshafen-Berb	4	176½ bz G
Kronprinz-Rudolph	5	69⅞ bz G
Märkisch-Posen	4	43 bz G
do. St.-Prior.	5	75¼ bz G
Magdeburg-Halb.	4	116½ bz
do. Stammpr. B.	3½	79⅞ bz G
Magdeb.-Leipzig	4	254 bz
do. Lit. B.	4	94 G
Mainz-Ludwigsh.	4	129½ bz
Münster-Hammer	4	99 G
Niederschl. Märk.	4	98¼ bz G
Nordh. Erf. gar.	4	65½ bz
do. Stammpr.	5	54 bz G
Oberhess. v. St. gar.	3½	77½ bz
Oberschl.Lit.A.u.C	3½	160½ bz G
do. Litt. B.	3½	142¾ bz
Oest.Franz. Staatsb.	5	185¾-6¼-5¾ bz
Oest.Südb.(Lomb.)	5	86-⅞-½ bz
Ostpreuß. Südbahn	4	45½ bz
do. Stammpr.	5	79⅞ bz G
Rechte Oderuferb.	5	122 bz
do. Stammpr.	5	120⅞ bz
Reichenberg-Pard.	4½	69¼ bz G
Rheinische	4	129¾-128¾-129 bz
Stpr.Lit.B.v.St.g.	4	93 bz
Rhein-Nahebahn	4	27⅞ bz
Russ.Eisenb.v.St.g	5	102¼ bz G
Stargard-Posen	4½	101½ G
Rum. Eisenbahn	5	42½ a ½ eta ⅝ bz
Schweizer Westb.	4	30½ bz
do. Union	4	16 B
Thüringer	4	123 bz
do. B. gar.	4	90½ B
Tamines Landen	4	11 B
Warschau-Wiener	5	81 etw bz

Gold-, Silber- und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	— —
Goldkronen	—	— —
Louisd'or	—	109⅞ G
Sovereigns	—	6 22¾ bz
Napoleonsd'or	—	5 11½ G
Imp. p. Zpfd.	—	— —
Dollars	—	1 11⅞ G
Fremde Noten	—	99⅞ G
do. (einl. in Leipz.)	—	99 9/10 bz
Oesterr.Silbergulden	—	94⅞ G
Oesterr. Banknoten	—	90⅞ G
Russische do.	—	93 11/16 bz

Wechsel-Kurse vom 14 April.

Berl. Bankdisc.	4	
Amstrd. 250fl. 10T.	3½	142¼ bz
do. do. 2 M.	3½	141½ bz
London Lstr. 8 T	3½	6. 23 7/16 bz
Paris 300 Fr. 10 T.	4½	80 1/12 bz
do. 300 Fr. 2 M.	5	— —
Belg. Bankpl. 300 Fr. 10 T.	6	80⅝ B
do. 300 Fr. 2 M.	6	80 1/10 bz
Wien 150 fl. 8 T.	5	90¼ bz
do. do. 2 M.	5	89½ bz
Augsb. 100fl. 2 M.	4½	56. 20 G
Leipzig 100Thl. 8T.	5½	99⅞ G
Petersb. 100R.3W.	6	92½ bz
do. do. 3M.	6	91⅜ bz
Warschau 90 R. 8T	6	93½ bz

Industrie-Papiere.

Aachen-Münchener Feuerverf.-Ges.	—	2315 G
Berl. F.-Vers.-Ges.	—	275 G
Köln. F.-Vers.-Ges.	—	1720 G
Magdeb.	—	810 G
Stett.Nat.F.-V.-G.	—	220 B
Berl. Lebensv.-Ges.	—	680 G
Concordia in Cöln	—	610 B
Magd.Lebensv.Ges.	—	90 G
Berl. Hagelvers.G.	—	120 G
Magdeb. do.	—	— —
Thuringia	—	124 B
Berl. Papierfabrik	—	50 bz G
Berliner Aquarium	—	81 G
do. Zentral-Hotel	—	87¾ bz
do. Cichorienfab.	—	102 G
do. Braue. Tivoli	—	99 G
Brauerei Moabit	—	73¾ bz
Berl. Bockbrauerei	—	75 B
Brauer.Patzenhofer	—	109¾ G
Brauerei (Wiesner)	—	28 G
Masch.-Fab.(Eckert)	—	45¼ G
Fabrik Schering	—	59⅞ B
Erdmannsd.Spinn.	—	62 bz
Egells Masch.-Fabr.	—	39½ bz G
Elb. Eisenb.-Bedarf	—	11 bz G
Fonrobert, Gutta-P	—	48⅞ bz
Freund, Masch.-Fab.	—	94¼ bz G
Hannov. Maschinenfabrik (Egestorf)	—	79⅞ bz B
Kön. u. Laurahütte	—	151¾ bz
Nordd.Papierfabrik	—	49⅞ bz
Stobwas. Lampenf.	—	46½ G
Königsberg. Vulcan	—	37 G
Leinenfabr. Kramsta	—	97 B
Redenhütte	—	36¾ bz G
Baugesellsch. Plessner	—	11½ bz
Markthallen	—	70¼ bz G

Druck und Verlag von W. Decker u. Comp. (E. Röstel) in Posen.